

Deutschland postmigrantisch I

Gesellschaft, Religion, Identität

Erste Ergebnisse

Autorinnen und Autoren

Naika Foroutan, Coşkun Canan, Sina Arnold,
Benjamin Schwarze, Steffen Beigang, Dorina Kalkum

Deutschland postmigrantisch I

Gesellschaft, Religion, Identität

Erste Ergebnisse

Autorinnen und Autoren

Naika Foroutan, Coşkun Canan, Sina Arnold,
Benjamin Schwarze, Steffen Beigang, Dorina Kalkum

Impressum:

Foroutan, Naika / Canan, Coşkun / Arnold, Sina / Schwarze, Benjamin/
Beigang, Steffen/ Kalkum, Dorina (2014): Deutschland postmigrantisch I.
Gesellschaft, Religion, Identität – Erste Ergebnisse, Berlin.
Alle Rechte liegen bei den Autorinnen und Autoren.

Humboldt-Universität zu Berlin
Kultur-, Sozial- und Bildungswissenschaftliche Fakultät
Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM)
Forschungsprojekt „Junge Islambezogene Themen in Deutschland (JUNITED)“
Unter den Linden 6
10099 Berlin

Layout und Satz:

Poli Quintana – www.interlinea.de

Druck:

Kopierladen Berlin

Grafiken:

Forschungsgruppe JUNITED

ISBN: 978-3-945654-02-6

Das Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung der Humboldt-Universität zu Berlin (BIM) wird durch die Gemeinnützige Hertie-Stiftung und den Deutschen Fußball-Bund (DFB), die Bundesagentur für Arbeit (BA) und die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration gefördert und unterstützt.

Die Forschungsgruppe JUNITED – Junge Islambezogene Themen in Deutschland ist ein Förderprojekt der Stiftung Mercator im Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Kontakt:

Humboldt-Universität zu Berlin
www.hu-berlin.de

Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM)
www.bim.hu-berlin.de

Stiftung Mercator
www.stiftung-mercator.de

Forschungsgruppe Junge Islambezogene Themen in Deutschland (JUNITED)
<http://junitied.hu-berlin.de>

Zentrum für empirische Sozialforschung
<https://www.sowi.hu-berlin.de/lehrebereiche/empisoz/zes>

Autorinnen und Autoren

Naika Foroutan

Projektleitung & Analyse

*Stellvertretende Direktorin des Berliner Instituts für empirische
Integrations- und Migrationsforschung (BIM)*

Leiterin Forschungsgruppe JUNITED

Coşkun Canan

Leitung Empirische Erhebung & Auswertung

Junge Islambezogene Themen in Deutschland (JUNITED)

Sina Arnold

Analyse

*Mitarbeiterin des Berliner Instituts für empirische
Integrations- und Migrationsforschung (BIM)*

Benjamin Schwarze

Koordination Länderstudien & Auswertung

Junge Islambezogene Themen in Deutschland (JUNITED)

Steffen Beigang

Leitung Empirische Erhebung ZeS-Berlin & Auswertung

Dorina Kalkum

Leitung Empirische Erhebung ZeS-Berlin & Auswertung

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	6
Narrationen des Deutschseins	6
Exklusionen des Deutschseins – Muslime als Gegenüber und Gegenbild	7
Postmigrantisches Deutschsein: Wissen noch gering – aber Alltagskontakt weitet sich aus	8
Einleitung	10
Methodik	12
Hinführung	14
Zentrale Forschungsfragen	18
1. Narrationen des Deutschseins – Was bedeutet nationale Identität für die Bevölkerung in Deutschland?	18
2. Exklusionen des Deutschsein – Welche Rolle und Rechte gesteht die Bevölkerung in Deutschland Minderheiten (konkret Musliminnen und Muslimen) zu?	18
3. Postmigrantisches Deutschsein – Welches Wissen und welche Kontakte gibt es?	19
I. Narrationen des Deutschseins	20
Narrationen	20
Historische Ereignisse – Positive Vergangenheitsbezüge überwiegen	20
Eigenschaften – Weiterhin Sekundärtugenden als Selbstbeschreibung	21
Emotionen	22
Patriotismus und emotionale Verbundenheit – über alle politischen Lager hinweg hoch	22
Patriotismus und Verbundenheit mit Deutschland – Keine Unterschiede zwischen Deutschen mit und Deutschen ohne Migrationshintergrund	24
Konditionen	25
Kriterien des Deutschseins – offen und exklusiv zugleich	25
Zwischenfazit I	27

II. Exkludierendes Deutschsein	30
Gleichwertigkeit – Infragestellung durch exkludierende Stereotype	30
Zugehörigkeit – Muslime nicht Teil des nationalen Narratives	32
Anerkennung von Gleichwertigkeit und Zugehörigkeit weniger, je relevanter die nationale Verbundenheit	33
Teilhabe – Forderungen werden als legitim anerkannt	34
Partizipation und Anerkennung	34
Kulturelle Anerkennung – Beschneidung	35
Sozialräumliche Anerkennung – Moscheebau	37
Symbolische Anerkennung – Kopftuch	39
Strukturelle Anerkennung – Religionsunterricht	40
Zwischenfazit II	41
III. Postmigrantisches Deutschsein?	44
Wissen	44
Wahrnehmung – Knapp 70 Prozent überschätzen den Anteil der Muslime	44
Bedrohungsgefühl in Relation zur Überschätzung	46
Wissensquellen	48
Kontakt	48
Migrationsbezüge weiten sich aus	48
Zwischenfazit III	49
Fazit	52
Schlussfolgerungen	54
Abbildungsverzeichnis	56
Abbildungen	56
Tabellen	57
Literaturverzeichnis	58

Zusammenfassung

Narrationen des Deutschseins

1. *Patriotismus und emotionale Verbundenheit sind hoch.* Die Bevölkerung in Deutschland hat ein positives Gefühl zu ihrem Land. Eine deutliche Mehrheit (85 Prozent) sagt: „Ich liebe Deutschland“. Ausgangspunkt dieses positiven Selbstbildes ist die Wiedervereinigung. Sie stellt für 49 Prozent der Bevölkerung das zentrale historische Ereignis dar, welches Deutschland heute am besten beschreibt. Ereignisse im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg sind hingegen kaum mehr prägend für das Selbstbild (16 Prozent), und der Holocaust wird nur von 0,5 Prozent der Befragten genannt. Das widerspricht der jahrelang zementierten Wahrnehmung, Deutschland würde sich nur in einer negativen Identität wahrnehmen und könne dadurch nicht positiv mit seiner nationalen Identität umgehen. Der positive Bezug auf nationale Identität ist bei AnhängerInnen aller politischer Parteien zu finden, wobei die Zustimmungswerte bei WählerInnen der Grünen und der LINKEN etwas geringer ausfallen.
2. *Kaum Unterschiede zwischen Deutschen mit und Deutschen ohne Migrationshintergrund bei der Verbundenheit.* Auch bei den Deutschen mit Migrationshintergrund ist die Verbundenheit mit Deutschland hoch: 81 Prozent geben an, Deutschland zu lieben und 77 Prozent fühlen sich deutsch. Fast jedem zweiten Deutschen mit Migrationshintergrund (47 Prozent) ist es wichtig, als deutsch gesehen zu werden – genauso viel wie bei den Deutschen ohne Migrationshintergrund (47 Prozent). Wir sehen hier deutlich, dass sich die nationalen Identitätsbezüge wandeln und ausweiten – immer mehr Menschen nehmen für sich in Anspruch, deutsch zu sein, auch wenn ihre Namen anders klingen und ihre Vorfahren nicht immer hier lebten. Dies ist eine grundlegend neue Situation in Bezug auf die Definition nationaler Identität.
3. *Kriterien des Deutschseins offen und exklusiv zugleich.* Deutschsein kann heutzutage erlernt und erworben werden, im Vergleich dazu spielen angeborene Merkmale eine geringere Rolle: Wichtig ist vor Allem die Fähigkeit, deutsch sprechen zu können (97 Prozent) sowie der Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit (79 Prozent). Trotzdem finden immerhin 37 Prozent der Bevölkerung weiterhin, dass deutsche Vorfahren wichtig sind, um Deutscher sein zu können. Und über 40 Prozent der Bevölkerung sind der Meinung, man müsse dafür akzentfrei deutsch sprechen. Dieses sehr enge Verständnis von ‚korrekter Sprache‘ als nationalem Kriterium offenbart eine fehlende Anerkennung der Realitäten einer Einwanderungsgesellschaft, in der die Dynamik der Veränderungen auch die Sprache vielfältiger werden lässt. Die Narrationen des Deutschseins bleiben an zentralen Punkten also immer noch exklusiv. Dies zeigt sich auch deutlich daran, dass 38 Prozent der Bevölkerung der Meinung sind, wer ein Kopftuch trage, könne nicht deutsch sein.

Exklusionen des Deutschseins – Muslime als Gegenüber und Gegenbild

4. *Gleichwertigkeit und Zugehörigkeit werden in Frage gestellt.* Exkludierende Vorstellungen finden ihren Ausdruck beispielhaft in Stereotypen gegenüber Muslimen als der größten religiösen Minderheit in Deutschland: Mehr als ein Viertel (27 Prozent) der Befragten denkt, dass Muslime aggressiver seien als sie selber, fast ein Drittel (30 Prozent) glaubt nicht, dass Muslime genauso bildungsorientiert seien wie ihre eigene Gruppe. Als eigene Gruppe wird auf Nachfrage auffallend oft (ca. 40 Prozent) „wir Deutschen“, „die deutsche Bevölkerung“, „die deutsche Gesellschaft“ oder ähnliches genannt. Muslimisch und deutsch werden dabei überwiegend als Gegenkategorien wahrgenommen und Musliminnen und Muslimen somit aus dem „deutschen Wir“ herausdefiniert. Es sind jedoch nicht immer dieselben Befragten, die ausgrenzend antworten, was dafür spricht, dass die Anzahl der Menschen, die zumindest einzelne negative Stereotype von Muslimen hat, noch deutlich größer ist. Zwar kann man hieraus kein konsistent islamfeindliches Weltbild ableiten, es verdeutlicht aber ein breites Spektrum an negativen Einstellungen gegenüber Musliminnen und Muslimen. Selbst wenn diese Einstellungen nicht notwendigerweise zu Handlungen führen müssen: Die Teile der Bevölkerung, die über solche Einstellungen verfügen, stellen einen Resonanzboden und wahrgenommenen gesellschaftlichen Rückhalt für die in letzter Zeit zunehmenden Anschläge auf Moscheen und Hassattacken auf muslimische EntscheidungsträgerInnen dar.
5. *Abstrakte Anerkennung hoch – aber wenn es konkret wird, dann fehlt die Bereitschaft zur Gewährung von Anerkennung, Teilhabe und Partizipationsrechten.* Die nicht-muslimische Bevölkerung hat eine ambivalente Haltung zu Muslimen als sichtbarer politischen Akteuren: Eine deutliche Mehrheit (67 Prozent) findet, dass es das gute Recht von Muslimen in Deutschland ist, Forderungen zu stellen und fast ebenso viele sagen, man sollte Muslimen mehr Anerkennung entgegenbringen. Ein Fünftel (20 Prozent) der Bevölkerung aber ist der Meinung, wenn Muslime Forderungen stellten, dann sei dies ein Zeichen von Unverschämtheit und 17 Prozent empfinden dies als Zeichen von Undankbarkeit. Die Ambivalenz findet ihren Ausdruck vor allem in den Haltungen zu politisch diskutierten Themen um strukturelle, kulturelle, sozial-räumliche und symbolische Anerkennung und Partizipation: So sind 69 Prozent der Bevölkerung für den islamischen Religionsunterricht. Gleichzeitig wollen aber 60 Prozent der Befragten die Beschneidung von Jungen verbieten. Beinahe die Hälfte aller Deutschen (49 Prozent) findet, dass Lehrerinnen das Tragen des Kopftuch nicht erlaubt sein sollte und 42 Prozent möchten den Bau von Moscheen einschränken.
6. *Je relevanter die nationale Verbundenheit, desto deutlicher die Abwehr von Muslimen.* Dort, wo die nationale Identität einen hohen Stellenwert einnimmt, ist die Bereitschaft, Muslimen kulturell-religiöse, sozial-räumliche oder symbolische Rechte vorzuenthalten, signifikant höher. So möchten jene 46 Prozent, für die es besonders „wichtig ist, als Deutsche/r gesehen zu werden“ zu 68 Prozent die Beschneidung verbieten, zu 55 Prozent den Moscheebau und zu 56 Prozent das Kopftuch einschränken. Bei jenen, bei denen die Wahr-

nehmung als deutsch keine Rolle spielt (53 Prozent), sind es hingegen wesentlich geringere Werte: Gegen Beschneidung 54 Prozent, gegen Kopftuch 43 Prozent und gegen Moscheebau 35 Prozent. Der Ausschluss aus dem kollektiven deutschen Narrativ findet somit nicht nur auf einer diskursiv-emotionalen Ebene statt, sondern hat Auswirkungen auf die Anerkennung, die Teilhabe und die Partizipationsmöglichkeiten von religiösen Minderheiten – in dem Falle Musliminnen und Muslimen und Muslimen.

Postmigrantisches Deutschsein: Wissen noch gering – aber Alltagskontakt weitet sich aus

7. *Das Wissen über Muslime wird von der Mehrheit der Bevölkerung als gering eingeschätzt.* In postmigrantischen Gesellschaften kommt es zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen zu verstärktem gegenseitigem Wissen, Wahrnehmung und Interaktion. Trotzdem schätzen noch immer 67 Prozent der nicht-muslimischen Befragten ihr eigenes Wissen über den Themenkomplex Islam und Muslime gering ein und 69 Prozent überschätzen den Anteil der Muslime an der Gesamtbevölkerung, der bei ca. 5 Prozent liegt. 23 Prozent von ihnen überschätzen ihn sogar stark und gehen davon aus, dass Muslime einen Bevölkerungsanteil von 21 Prozent und mehr ausmachen. Das Wissen über Muslime wird aus Fernsehen (44 Prozent) und Zeitungen/Zeitschriften (39 Prozent) gezogen, zu einem etwa gleich hohen Anteil (43 Prozent) allerdings auch aus Gesprächen mit Muslimen.
8. *Mehr Kontakträume und häufiger Kontakt zu Musliminnen und Muslimen führen zu weniger stereotypen Einstellungen.* Kontakte zwischen muslimischer und nicht-muslimischer Bevölkerung sind Teil des Alltags. Mehr als ein Drittel der Nicht-Muslime haben oft oder sehr oft Kontakt zu Musliminnen und Muslimen im Bezugsraum Arbeit, ein Fünftel hat sehr viel Kontakt im Freundes- und Bekanntenkreis. Es zeigt sich, dass Personen, die in mindestens zwei Bezugsräumen (bspw. Arbeit und Freundes-/Bekannteskreis) oft oder sehr oft Kontakt zu Musliminnen und Muslimen haben, weniger stereotyp antworten als Personen die weniger oder gar keinen Kontakt haben.
9. *Migrationsnarrative betreffen immer mehr Menschen – nicht nur jene mit Migrationshintergrund.* Migrationsnarrative sind über familiäre Bezugspunkte zunehmend in der deutschen Bevölkerung präsent. 35 Prozent der Bevölkerung geben an, selbst oder in der Verwandtschaft einen Migrationshintergrund zu haben.

Einleitung

Die vorliegende Studie wurde durch die Forschungsgruppe „Junge Islambezogene Themen in Deutschland (JUNITED)“ an der Humboldt-Universität im Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) zu Berlin erstellt. Bei JUNITED handelt es sich um ein interdisziplinär aufgestelltes Team aus den Fachbereichen Soziologie, Ethnologie, Islamwissenschaft, Politikwissenschaft und der Psychologie. Die Forschungsgruppe unter der Leitung von Naika Foroutan untersucht aus einer transdisziplinären Perspektive das Reaktionsspektrum auf das sich wandelnde Einwanderungsland Deutschland in Bezug auf die Themen Islam und Muslime. JUNITED ist ein Förderprojekt der Stiftung Mercator.

Die vorliegenden Ergebnisse basieren auf einem im Jahr 2014 bundesweit erhobenen Datensatz zu Einstellungen der deutschen Bevölkerung zu Gesellschaft, Religion und Identität. Die Daten wurden in Zusammenarbeit mit dem an der Humboldt-Universität zu Berlin angesiedelten Zentrum für empirische Sozialforschung (ZeS) erhoben.¹ Die Größe des Datensatzes (n=8270) und die disproportional geschichtete Stichprobe erlauben es, Aussagen nicht nur für Gesamtdeutschland, sondern auch für einzelne Bundesländer zu treffen. So wird der Datensatz in einer Bundesstudie und in einzelnen Länderinformationsheften münden: Eine Länder-Studie zur Migrationstadt Hamburg und den Einstellungen ihrer Bevölkerung zum Themenfeld Islam und Muslime wurde im September vorgestellt.²

Inhaltlich befasst sich die vorliegende Bundeserhebung mit der Abwertung und Anerkennung von Minderheiten in Gesellschaften, die von Migration geprägt sind. Der Umgang mit kulturellen, ethnischen,³ religiösen und nationalen Minderheiten wird hierbei exemplarisch am Beispiel der Einstellungen gegenüber Musliminnen und Muslimen in Deutschland als der größten religiösen Minderheit in diesem Land erhoben. Die Islam- und Muslimbilder dienen dabei als Gradmesser der gesellschaftlichen Haltung gegenüber einer sich pluralisierenden und heterogenisierenden Gesellschaft, die hier als postmigrantisch bezeichnet werden soll.

Die Forschungsgruppe geht der Fragestellung nach, welche Einstellungen zu Gesellschaft, Religion und Identität sich bei der Bevölkerung in Deutschland erheben lassen, *nachdem* sich von politischer Seite die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass Deutschland ein Einwanderungsland oder – mehr noch – eine Migrationsgesellschaft (Brodin und Mecheril 2007) geworden ist, die von Migration in Form von Zu- und Abwanderung geprägt ist. Die vorliegende Studie zeigt erste Ergebnisse auf. Weiterführende Analysen aus dem vorliegenden Datensatz werden 2015 veröffentlicht.

1 Website des ZeS: <http://www.sowi.hu-berlin.de/lehrebereiche/empisoz/zes>.

2 Abrufbar ist die Studie „Hamburg postmigrantisch“ (Foroutan et al. 2014) unter: <https://junitied.hu-berlin.de/studie-hamburg-postmigrantisch-2014>.

3 „Ethnisch“ beschreibt die Fremd- wie auch Selbstzuschreibung zu bestimmten Gesellschaftsgruppen. Merkmale und Zugehörigkeitskriterien von Gruppen unterliegen allerdings einem beständigen Wandel, so dass die Vorstellung von festen, klar abgrenzbaren und quasi-natürlichen „Ethnien“ die Gefahr der Essenzialisierung, Festschreibung und Vereinheitlichung läuft. In der vorliegenden Studie werden diese Begriffe sozialkonstruktivistisch verwendet: Sie dienen der Anerkennung bestehender Fremd- und Selbstzuschreibungen (etwa als „kurdisch“ oder „sorbisch“) bei dem gleichzeitigen Wissen darum, dass diese Zuschreibungen und Zugehörigkeiten gerade in der postmigrantischen Gesellschaft von Wandel und Widersprüchen geprägt sind.

Methodik

Die im Folgenden vorgestellten Daten beruhen auf einer telefonischen Umfrage, die das Zentrum für empirische Sozialforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin für das Forschungsprojekt JUNITED vom 24.09.2013 bis 15.04.2014 ausgeführt hat. Insgesamt wurden dabei 8270 in Deutschland lebende Personen befragt. Für die Umfrage wurden auf Grundlage des Gabler-Häder-Verfahrens zufällig generierte Telefonnummern für Festnetz- und Mobilanschlüsse verwendet. Der Anteil der Mobilfunkanschlüsse beträgt in der Stichprobe 33,8 Prozent. Die bundesweite Erhebung hat eine bereinigte Ausschöpfungsquote von 15,2 Prozent.

Um verlässliche Aussagen über die Bevölkerung in Deutschland treffen zu können, wurden die Daten gewichtet: Mithilfe eines Designgewichts wurden unterschiedlich große Auswahlwahrscheinlichkeiten für einzelne Personen ausgeglichen und mittels eines Redressmentgewichts eine Angleichung an einige aus der Bevölkerungsstatistik bekannte Parameter (Alters-, Geschlechter-, Bundesländer- und Schul- sowie Berufsbildungsstruktur) vorgenommen.

Aufgrund der zufällig gezogenen Stichprobe können die Ergebnisse auf die Bevölkerung in Deutschland verallgemeinert werden. Aussagen über die gesamte Bevölkerung lassen sich statistisch mithilfe sogenannter Konfidenzintervalle treffen, innerhalb derer mit einer 95prozentigen Wahrscheinlichkeit der wahre Anteilswert liegt. Diese Konfidenzintervalle sind abhängig von der Stichprobengröße und von dem erhobenen Anteilswert. Bezogen auf die 8270 Befragten heißt das etwa:

- Wenn 50 Prozent der Befragten einer Aussage zustimmen, ist davon auszugehen, dass mit 95prozentiger Wahrscheinlichkeit in der Grundgesamtheit der Anteil der Zustimmenden zwischen 48,9 Prozent und 51,1 Prozent liegt.
- Bei einer Zustimmung von 60 Prozent liegt dieser Wert zwischen 58,9 Prozent und 61,1 Prozent. Analog dazu liegt das Konfidenzintervall bei einer Zustimmung von 40 Prozent zwischen 38,9 Prozent und 41,1 Prozent.
- Bei einer Zustimmung von 80 Prozent liegt dieser Wert zwischen 79,1 Prozent und 80,9 Prozent.

Dies ist für die Interpretation der Ergebnisse relevant: Wenn etwa, wie in Abbildung 10 dargestellt, der Anteil der BefürworterInnen eines Kopftuchs bei Lehrerinnen mit 48,4 Prozent angegeben wird, so liegt der wahre Wert mit 95prozentiger Wahrscheinlichkeit zwischen 47,3 Prozent und 49,5 Prozent. Da das Konfidenzintervall für Personen, die das Kopftuch bei Lehrerinnen ablehnen, zwischen 47,3 Prozent und 49,5 Prozent liegt, gibt es hier eine deutliche Überschneidung. Dementsprechend kann nicht davon ausgegangen werden, dass es in der gesamten Bevölkerung in Deutschland mehr GegnerInnen als BefürworterInnen des Kopftuchs bei Lehrerinnen gibt oder andersherum.⁴ Genauere Informationen können im Methodenbericht der Studie (Beigang et al. 2014) nachgelesen werden.

4 In diesem Fall wird je ein Konfidenzintervall für BefürworterInnen und GegnerInnen berechnet. Zusätzlich könnte man auch ein Konfidenzintervall für die Gruppe der Personen berechnen, die keine Antwort gegeben haben. Interessiert man sich nur für den Gegensatz zwischen befürwortenden und nicht-befürwortenden Personen, können diejenigen, die keine Angabe zu dieser Frage machen konnten oder wollten, den Nicht-BefürworterInnen zugeschlagen werden. Zudem wurden dargestellte Zusammenhänge in Kreuztabellen sowohl bivariat als auch multivariat unter Berücksichtigung relevanter Variablen (z. B. Alter, Bildung, Kontakt, soziale Dominanzorientierung) auf ihre Signifikanz geprüft.

Hinführung

Der Bundespräsident, Außenminister und Innenminister – sie alle suchen gerade nach neuen Formen von Zugehörigkeit und einer (neuen) deutschen Identität in einem Land, das sich nun als Einwanderungsland definiert. Es wird gefordert, dass sich Deutschland neu aufstellt und eine neue Rolle im Ausland wahrnimmt. Die Frage nach der außenpolitischen Neudefinition geht einher mit der Suche nach dem „neuen deutschen Wir“. „Wir sind wieder...wer?“ titelte der SPIEGEL vor einiger Zeit.⁵ Das Fragezeichen lässt sich dabei als explizite Verwirrung und eventuell als Auftrag für die Suche nach einer neuen Identität, die die demographischen Veränderungen zu fassen vermag, lesen.

Laut der neuesten Daten des statistischen Bundesamtes sind im Jahr 2013 insgesamt 437.000 Personen nach Deutschland eingewandert (Statistisches Bundesamt 2014a). Das stellt den höchsten Einwanderungsstatus seit 20 Jahren dar – also seit dem sogenannten Asylkompromiss im Jahr 1993, nach welchem die Zuwanderung nach Deutschland massiv abnahm. 2008 und 2009 führte eine erhöhte Nettoabnahme sogar dazu, dass Deutschland zum Auswanderungsland wurde. Erst die Finanz- und Eurokrise hat die Zuwanderungszahlen nach Deutschland wieder ansteigen lassen. Gleichzeitig hat die deutsche Wirtschaft den demographischen Wandel und die Notwendigkeit von Zuwanderung öffentlich thematisiert. Heute leben bereits mehr als 16,5 Millionen Menschen mit einem sogenannten Migrationshintergrund in Deutschland, was 20,5 Prozent der deutschen Bevölkerung ausmacht (Statistisches Bundesamt 2014b). Von ihnen besitzen ca. 9 Millionen die deutsche Staatsangehörigkeit und 7 Millionen sind AusländerInnen aus allen Ländern der Welt. Zwei Drittel aller NeuzuwandererInnen kommen aus Europa, was vor allem mit der Wirtschafts- und Finanzkrise zusammenhängt. Ein Viertel der Personen mit Migrationshintergrund sind muslimischen Glaubens. Diese Zahlen belegen eindrücklich, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, welches durch starken demographischen Wandel und zunehmende kulturelle, ethnische, religiöse und nationale Vielfalt geprägt wird.

Die Vorstellung, dass Deutschland ein vielfältiges Land wurde, in welchem Überlappungen und Alltäglichkeiten des Miteinanders, sowie mittlerweile eine dritte Generation von MigrantInnen nachkommen kulturelle Eindeutigkeiten immer schwammiger werden ließen, bis hin zu der Frage, was denn heutzutage eigentlich deutsch sei, wurde vor allem in den 2000er Jahren verhandelt. Kennzeichnend dafür waren die Abwehrdebatten im Zuge der Diskussionen um eine „deutsche Leitkultur“ ab dem Jahr 2000, die vornehmlich durch den CDU-Politiker Friedrich Merz eingeleitet wurde, ebenso wie das zunehmende Misstrauen gegenüber Musliminnen und Muslimen nach dem 11. September 2001 im Zuge der Sicherheitspakete des damaligen Innenministers Otto Schily. Obwohl politisch bereits so formuliert, nahm sich Deutschland in dieser Phase emotional noch nicht als Einwanderungsland wahr.

Als Wendejahr im politischen Diskurs stellt sich das Jahr 2006 heraus: Mit der WM in Deutschland und dem ausgerufenen Slogan „Die Welt zu Gast bei Freunden“ ging auch eine neue Perspektive auf das eigene Land als willkommen-herausforderndes Land einher, welches sich darum bemühte, positiv als weltoffen, bunt und freundlich wahrgenommen zu werden. Politisch wurde diese Neuausrichtung unter anderem durch die erste Deutsche Islam Konferenz (DIK)

⁵ Vgl. Der Spiegel Nr. 29/2014.

flankiert, die vom damaligen Innenminister Wolfgang Schäuble explizit ins Leben gerufen wurde, um den zunehmenden Entfremdungen zwischen muslimischer und nicht-muslimischer Bevölkerung entgegenzutreten. Im selben Jahr fand auch erstmalig der Integrationsgipfel im Kanzleramt statt. Gleichzeitig wurde der Begriff Integration zunehmend in Frage gestellt wenn er alleinig mit Bezugnahme auf MigrantInnen gedacht wurde. Die politische Kultur in Deutschland begann, pluraler und vielfältiger zu werden. Immer mehr MigrantInnenorganisationen und Verbände wurden im Zuge von Integrationsgipfel und DIK partizipativ eingebunden und politisch aktiv.

Umso erstaunlicher war der unglaubliche Erfolg, den ein pauschal abwertendes und kulturalisierendes Buch wie das des damaligen Vorstandsmitglieds der Deutschen Bundesbank Thilo Sarrazin zum Ende der 2000er Jahre erzielen konnte. In dem Buch wie auch den im Anschluss folgenden Debatten zeigten sich alte Konfliktlinien entlang der Frage, ob kulturelle, ethnische, religiöse und nationale Minderheiten zum Einwanderungsland Deutschland gehörten oder nicht – exemplifiziert wurde diese Ausgrenzung am Beispiel der Muslime. Es ging um nicht weniger als den Ausschluss der größten religiösen Minderheit Deutschlands aus dem kollektiven deutschen „Wir“ – und das in einer sich als plural wahrnehmenden offenen Demokratie. Deutlich wurde, wie brüchig der postmigrantische Konsens der sich als Einwanderungsland bezeichnenden deutschen Gesellschaft ist.

Zurückblickend reihen sich die Sarrazin-Debatten in eine Reihe von Fragestellungen ein, die in anderen europäischen Einwanderungsländern rund um das Thema der nationalen Identität und Zugehörigkeit geführt wurden. Frankreich, England, Holland – sie alle verhandelten gegen Ende der 2000er Jahre ihre *identité nationale* beziehungsweise *national identity*. In Deutschland kann die Sarrazin-Debatte als Platzhalter-Debatte um die deutsche Identität interpretiert werden. Zahlreiche Gegenreaktionen, Empowerment-Strukturen und neue Allianzen prägen die Phase danach. Vereine wie „Typisch Deutsch“, „Deutsch Plus“ oder die „Deukische Generation“ markieren ein Heraustreten aus zugewiesenen ethnischen und kulturellen Containern. Hier ist ein spielerischer Umgang mit Identität und Zugehörigkeit von Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund zu beobachten, die in Antwort auf Thilo Sarrazin und seine abschottende Identitätspolitik offener formulieren, was eigentlich deutsch ist im 21. Jahrhundert: In einer Zeit, in der jede dritte Bürgerin bzw. jeder dritte Bürger in diesem Land familiäre Bezüge hat, die mit Migrationsgeschichten einher gehen und eine Trennung über color-lines und/oder migrantische Herkunft immer schwammiger wird.

Vier Jahre nach diesen schwierigen Debatten und knapp 60 Jahre nach dem ersten Anwerbeabkommen setzte Bundespräsident Joachim Gauck mit einer Rede zum 65-jährigen Bestehen des Deutschen Grundgesetzes der Einwanderungsgesellschaft ein deutliches Zeichen: „Wer Deutscher ist, wird künftig noch viel weniger als bisher am Namen oder am Äußeren zu erkennen sein“.⁶ Hiermit gibt er dem Land endlich ein Leitmotiv. Das miesepetrige „Integration Ja – Zuwanderung Nein!“ der 2000er und das resolute „Multikulti ist gescheitert“ von 2010 – sie sind passé: Das tragende Narrativ, das „neue deutsche Wir“, beschreibt Gauck als

6 Vgl. Gauck, Joachim (2014): Einbürgerungsfeier anlässlich 65 Jahre Grundgesetz, 22.05.2014, Online verfügbar unter: <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2014/05/140522-Einbuengerung-Integration.html>, zuletzt geprüft am 26.11.2014.

„die Einheit der Verschiedenen“. Sicher bewusst rückt er damit Deutschland in die Nähe Kanadas, das weltweit Integrationsmaßstäbe gesetzt hat, seit es sich das Leitmotiv „Unity within Diversity“ gab. Wenn sich Deutschland dieses Narrativ gäbe, könnte es nicht mehr eine homogene Kerngesellschaft zum Maßstab nehmen, in der bei maximalem Assimilationsdruck MigrantInnen nur dann integriert sind, wenn sie unsichtbar werden. Vielmehr gewännen Unterschiedlichkeit und Vielfalt an Wert.

Die vorliegende Studie setzt dort an, wo die Definitionshoheit über das, was heute deutsch ist und was die Identität einer Gesellschaft ausmacht, neu verhandelt wird: im postmigrantischen Deutschland.

In Politik und Gesellschaft hat sich die Wahrnehmung durchgesetzt, dass Migration kein temporärer Status mehr ist, sondern mittel- und langfristig eine strukturelle, soziale, kulturelle und emotionale Transformation von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zur Folge hat. Dieser Wandel in eine postmigrantische Gesellschaft geht auch mit Reibungen und Konflikten einher. Als postmigrantisch sollen daher jene Gesellschaften bezeichnet werden, die für sich selbst den Wandel in eine heterogene Grundstruktur mit Einwanderung und Auswanderung akzeptiert haben – ungeachtet der Tatsache, ob sie dieser Transformation positiv oder negativ gegenüberstehen. Migration ist in diesen Gesellschaften als Thema keineswegs abgeschlossen, sondern omnipräsent. Minderheitenrechte und -positionen werden ausgehandelt sowie die Frage nach der gesamtgesellschaftlichen Identität und Zugehörigkeiten neu gestellt. Dementsprechend sind postmigrantische Gesellschaften auch von einem Konflikt zwischen MigrationsbefürworterInnen und -gegnerInnen geprägt.

Der für die Titelreihe gewählte Terminus postmigrantisch steht hier für die Aushandlungsprozesse, die in Kommunen, Städten, Regionen und Bundesländern in Deutschland stattfinden, *nachdem* Migration als politische Realität anerkannt worden ist. Postmigrantisch steht dabei nicht für einen Prozess der beendeten Migration, sondern für eine Analyseperspektive, die sich mit den Konflikten, Identitätsbildungsprozessen, sozialen und politischen Transformationen auseinandersetzt, die *nach* erfolgter Migration einsetzen. „Postmigrantisch“ richtet also den Blick auf die Gestaltung der Gesellschaft *nach* erfolgter Einwanderung. Wer gehört dazu und wer nicht? Wer darf mitgestalten und wer nicht? Welche Anerkennungsformen, Rechte und Partizipationsmöglichkeiten werden Minderheiten zugestanden? Welche Wissens- und Kontaktbezüge gibt es? Dabei werden ex post neue identitäre Bezüge hergestellt.

Zentrale Forschungsfragen

In der vorliegenden Bundesauskopplung wird dargestellt, wie die Bevölkerung in Deutschland ihre nationale Identität postmigrantisch aushandelt. Dabei rücken drei Fragekomplexe in den Vordergrund:

1. Narrationen des Deutschseins – Was bedeutet nationale Identität für die Bevölkerung in Deutschland?

- a. **Narrationen:** Welche Selbsterzählungen sind für die deutsche Bevölkerung relevant? Welche historischen Ereignisse und Eigenschaften spielen für die Wahrnehmung von Deutschland eine Rolle?
- b. **Emotionen:** Wie ist die emotionale Verbundenheit mit Deutschland? Gibt es hier Unterschiede zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund?
- c. **Konditionen:** Welche Kriterien sind relevant, um deutsch zu sein? Welche Öffnungs- und Schließungsmuster sind hierbei gegenüber Minderheiten (konkret Musliminnen und Muslimen) vorhanden?

2. Exklusionen des Deutschsein – Welche Rolle und Rechte gesteht die Bevölkerung in Deutschland Minderheiten (konkret Musliminnen und Muslimen) zu?

- a. **Gleichwertigkeit:** Werden Minderheiten im Vergleich zum eigenen Kollektiv als gleichwertig gesehen? Welche soziale Nähe wird hergestellt und wie manifestiert sich Distanz? Gibt es hier unterschiedliche Positionen je nach Bezugnahme zum nationalen Kollektiv?
- b. **Zugehörigkeit:** Wer gehört zum deutschen Narrativ dazu und wer nicht?
- c. **Teilhabe:** Wie sind die Einstellungen zu demokratisch legitimen Forderungen von Minderheiten (in dem Fall Musliminnen und Muslimen) nach Partizipation?
- d. **Anerkennung und Partizipation:** Welche strukturellen, sozial-räumlich, symbolischen und kulturellen Anerkennungsprozesse finden von Seiten der Mehrheitsbevölkerung statt? Konkret: Werden legitime Forderungen z. B. nach Akzeptanz von islamischem Religionsunterricht, Moscheebau, Kopftuchtragen bei Lehrerinnen und Beschneidung aus religiösen Gründen anerkannt? Gibt es hier unterschiedliche Positionen je nach Bezugnahme zum nationalen Kollektiv?

3. Postmigrantisches Deutschsein – Welches Wissen und welche Kontakte gibt es?

- a. **Wissen:** Wie hoch schätzt die nichtmuslimische Bevölkerung ihr Wissen über Musliminnen und Muslimen ein?
- b. **Wahrnehmung:** Wie hoch schätzt sie den Anteil der Musliminnen und Muslimen an der Gesamtbevölkerung ein?
- c. **Wissensquellen:** Woher bezieht sie dieses Wissen?
- d. **Kontakte:** Wieviel Kontakt besteht zu Musliminnen und Muslimen?

I. Narrationen des Deutschseins

Ziel dieses Fragekomplexes ist es, mehr über die Bedeutung von nationaler Identität für die deutsche Bevölkerung zu erfahren. Welche Narrative sind für die deutsche Identität relevant? „Narrationen sind Erzählungen bzw. Erzählstrukturen, die Gemeinschaften betreffen und die über Zeit und Raum eine Reproduktion erfahren. Ihre Funktion liegt in der Konstruktion eines kollektiven Gedächtnisses und somit in der Konstruktion vergangener und gegenwärtiger Wirklichkeit“ (Foroutan 2014:177). Narrative verweben somit Erzähltes, Erlebtes oder Gehörtes – aber auch Verschwiegene – zu identitären Zusammenhängen und gewährleisten dadurch eine Abgrenzung zu anderen „Erzählgemeinschaften, die sich gerade im Hinblick auf ihr narratives Reservoir unterscheiden“ (Müller-Funk 2008: 14). „Gleichzeitig kann ein Narrativ in der Erinnerungskultur ein ethisch-moralisches Verfügungswissen erzeugen, welches auf geteilten Grundwerten basiert“ (Foroutan 2014: 178). Narrationen verkoppeln also historisches Wissen und Wertevorstellungen miteinander. Daher fragten wir in dieser Studie die Bevölkerung nach historischen Ereignissen und Eigenschaften, die für Sie Deutschland am besten beschreiben.

Narrationen

Historische Ereignisse – Positive Vergangenheitsbezüge überwiegen

Tabelle 1: **„Wenn Sie an Deutschland denken: Welches historische Ereignis beschreibt für Sie am besten dieses Land?“ (in Prozent, gewichtet)**

Historische Ereignisse	In %		darunter	In Prozent
Mauerfall/Wiedervereinigung	48,8	}	Zweiter Weltkrieg	12,3
Nationalsozialismus/ Zweiter Weltkrieg	15,9		Allgemein Nationalsozialismus	1,6
Ereignisse vor 1914	2,8		Adolf Hitler	0,9
Kriege/Weltkriege (außer explizit 1. Weltkrieg oder 2. Weltkrieg)	2,2		Verfolgung/ Judenvernichtung/ Auschwitz	0,5
Fußball oder fußballbezogene Ereignisse	1,5			
Erster Weltkrieg	0,9			
Wiederaufbau/ Unmittelbare Nachkriegszeit	0,9			
Keine Angabe	17,6			

Auf die Frage „Wenn Sie an Deutschland denken: Welches historische Ereignis beschreibt für Sie am besten dieses Land?“ finden sich zahlreiche positiv besetzte Antworten (zum Beispiel das Wirtschaftswunder oder die Fußballweltmeisterschaft 2006). Ausgangspunkt des Selbstbildes der meisten Deutschen ist die Wiedervereinigung, also eine positive Rückerinnerung, die bis heute nachwirkt und das Bild eines final erreichten Zieles nach jahrelanger Anstrengung transportiert: Die Wiedervereinigung (und damit verbundene Ereignisse) werden von fast jedem zweiten (48,8 Prozent) Befragten als Erstantwort genannt – und dass, obwohl die Interviews weit vor dem 25-jährigem Jubiläum des Mauerfalls geführt wurden. Auffällig ist, dass Ereignisse im Zusammenhang mit Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg hingegen vergleichsweise wenig genannt werden (15,9 Prozent). In den Antworten finden offenbar die in den letzten Jahren immer wieder hervorgebrachten Forderungen nach dem Ziehen eines „Schlußstriches“ unter die NS-Vergangenheit ihren Ausdruck.

Die in der Öffentlichkeit vorherrschende Wahrnehmung, nach der Deutschland bis heute lediglich eine negative Identität und kontinuierliche Schuldgefühle aufgrund des Holocaust habe, kann empirisch nicht mehr aufrechterhalten werden. Dies ist besonders auffällig vor dem Hintergrund, dass an den Holocaust selber nur 0,5 Prozent denken, wenn sie die obige Frage beantworten.

Eigenschaften – Weiterhin Sekundärtugenden als Selbstbeschreibung

Es fällt auf, dass auf die Frage „Welche Eigenschaft beschreibt für Sie am besten dieses Land?“ auffallend oft Sekundärtugenden genannt werden. Die Stärken, die mit einem positiven Selbstbild einhergehen, erscheinen bekannt: Eigenschaften wie Pünktlichkeit, Ordnung, Fleiß oder Leistungsethos beschreiben in den Augen der Befragten Deutschland am besten. Allerdings werden auch Demokratie, Freiheit und soziale Sicherheit genannt, sowie Offenheit, Freundlichkeit und Weltoffenheit. Die folgende Wortwolke soll einen ersten Eindruck des Antwortverhaltens geben. Vertiefende Analysen werden folgen.



Emotionen

Patriotismus und emotionale Verbundenheit – über alle politischen Lager hinweg hoch

Ein Großteil der Menschen in diesem Land identifiziert sich mit Deutschland und fühlt sich mit seinem Land verbunden (Abbildung 1).⁷ 65,4 Prozent der Bevölkerung fühlen sich positiv berührt, wenn sie die deutsche Nationalhymne hören und 85,1 Prozent stimmen der Aussage „Ich liebe Deutschland“ zu. Für 45,6 Prozent der Befragten ist es wichtig, dass andere sie auch als Deutsche oder Deutschen sehen. Und 81,8 Prozent stimmen der Aussage „Ich fühle mich deutsch“ zu.

Auffällig ist, dass dieser positive Bezug auf nationale Identität in allen gesellschaftlichen Lagern zu finden ist (Abbildung 2 und Abbildung 3). Ein Vergleich der politischen Parteien zeigt zwar einige Unterschiede, doch ist die Zustimmung zu diesen Aussagen auch bei WählerInnen der LINKEN und der Grünen eindeutig.⁸ Die Liebe zu Deutschland und das Gefühl, deutsch zu sein, werden also überparteilich artikuliert. Während die Fallzahlen bei den Grünen und LINKEN ausreichend groß sind, um noch ein Stimmungsbild abgeben zu können, sind Aussagen über WählerInnen der übrigen Parteien auf der Basis von darunter liegenden Fallzahlen nicht möglich, da diese mit sehr hohen Fehlerintervallen verbunden wären.

7 Eine Hälfte der Befragten bekam die Itematterie in Abbildung 1, die andere Hälfte die Itematterie in Abbildung 5.

8 Die Angaben basieren auf den Fragen „Haben Sie an der letzten Bundestagswahl teilgenommen?“ und „Welche Partei haben Sie gewählt?“

Abbildung 1: **Patriotismus und emotionale Verbundenheit (in Prozent, gewichtet)**

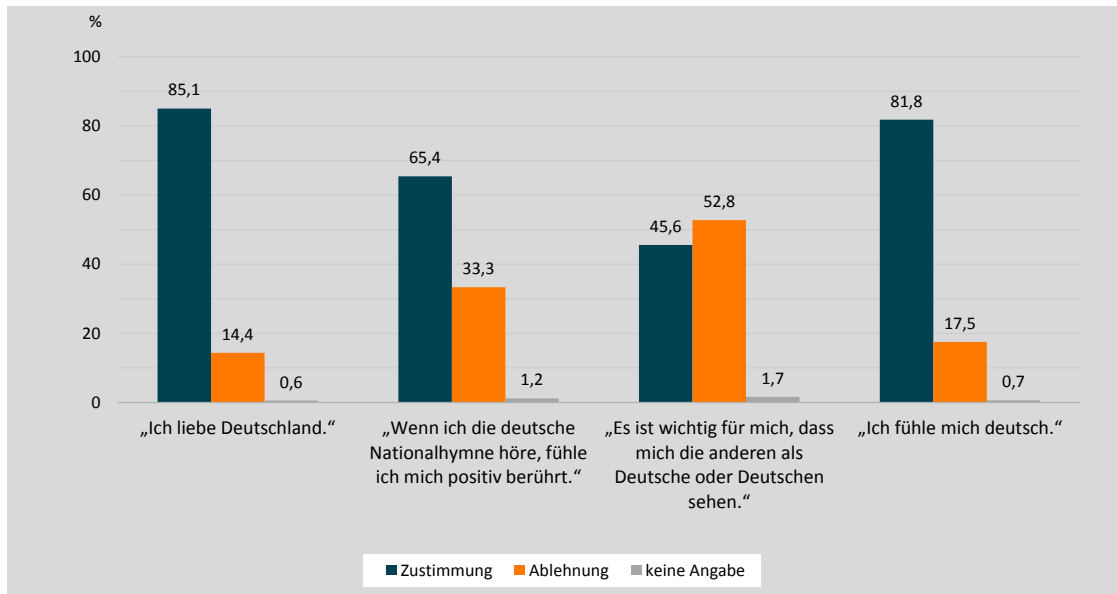


Abbildung 2: **„Ich liebe Deutschland.“ nach WählerInnen der Parteien (in Prozent, gewichtet)**

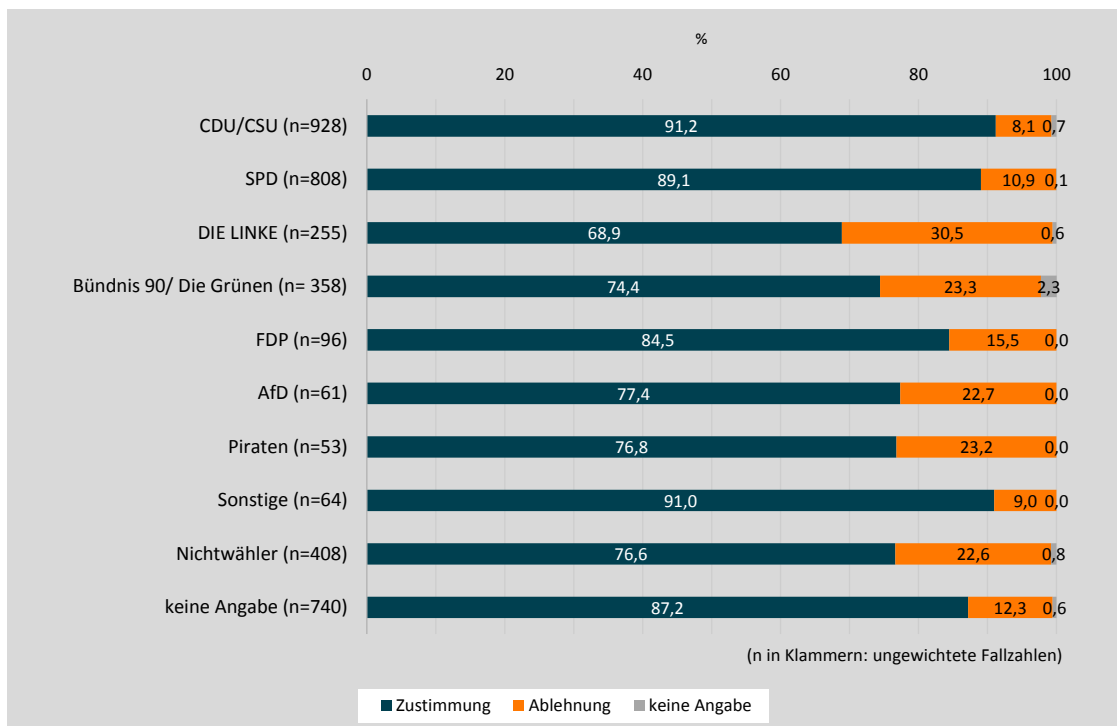
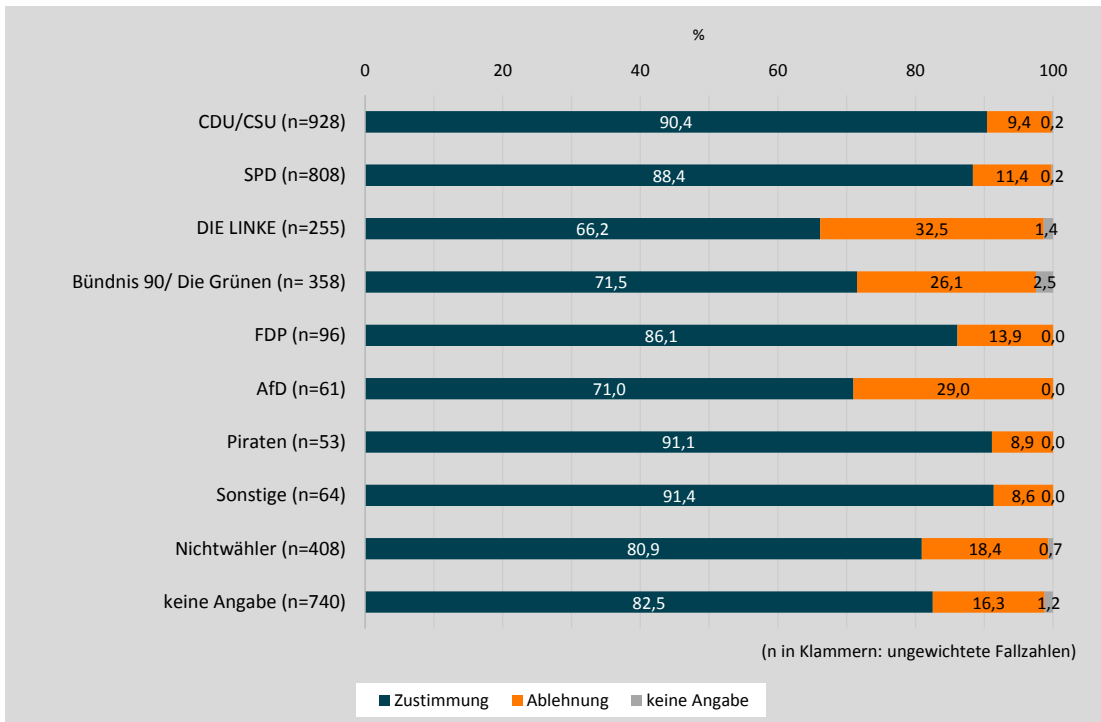


Abbildung 3: „Ich fühle mich deutsch“ nach WählerInnen der Parteien (in Prozent, gewichtet)

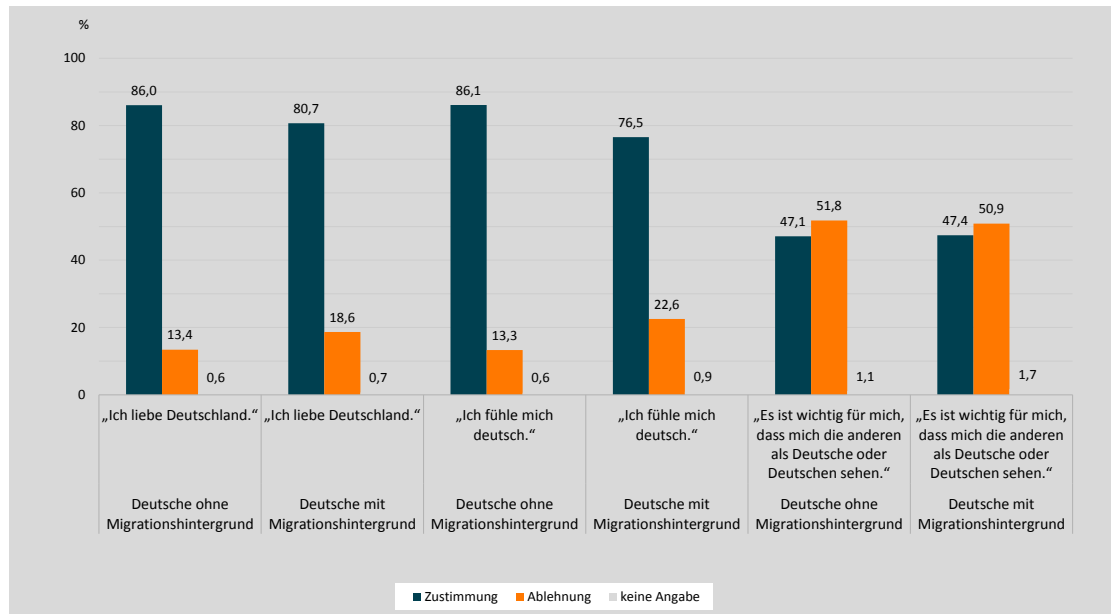


Patriotismus und Verbundenheit mit Deutschland – Keine Unterschiede zwischen Deutschen mit und Deutschen ohne Migrationshintergrund

Auch bei den Deutschen mit Migrationshintergrund ist die Verbundenheit mit Deutschland hoch (Abbildung 4): 80,7 Prozent geben an, Deutschland zu lieben und 76,5 Prozent fühlen sich deutsch. Fast jedem zweiten Deutschen bzw. jeder zweiten Deutschen mit Migrationshintergrund (47,4 Prozent) ist es außerdem wichtig, als deutsch gesehen zu werden – genauso viel wie bei den Deutschen ohne Migrationshintergrund (47,1 Prozent). 86 Prozent von diesen lieben Deutschland und ebenso viele fühlen sich auch deutsch (86,1 Prozent).

Wir können daran erkennen, dass sich die nationalen Identitätsbezüge ausweiten: Immer mehr Menschen sehen sich selber als deutsch, selbst wenn ihre Vorfahren nicht immer in diesem Land lebten. Dies ist eine grundlegend neue Situation in Bezug auf die Definition nationaler Identität. So wird Deutschsein zunehmend heterogener und diffuser, wenn immer mehr Menschen, die lange Zeit nicht als Teil dieser Kollektividentität wahrgenommen wurden und teilweise immer noch nicht werden, dieses Gefühl für sich in Anspruch nehmen. Diese hohen Verbundenheitswerte sind für uns als Forschungsteam überraschend und bedürfen einer vertiefenden Analyse.

Abbildung 4: Zustimmung zu Aussagen mit Deutschlandbezug nach Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund (in Prozent, gewichtet)



Konditionen

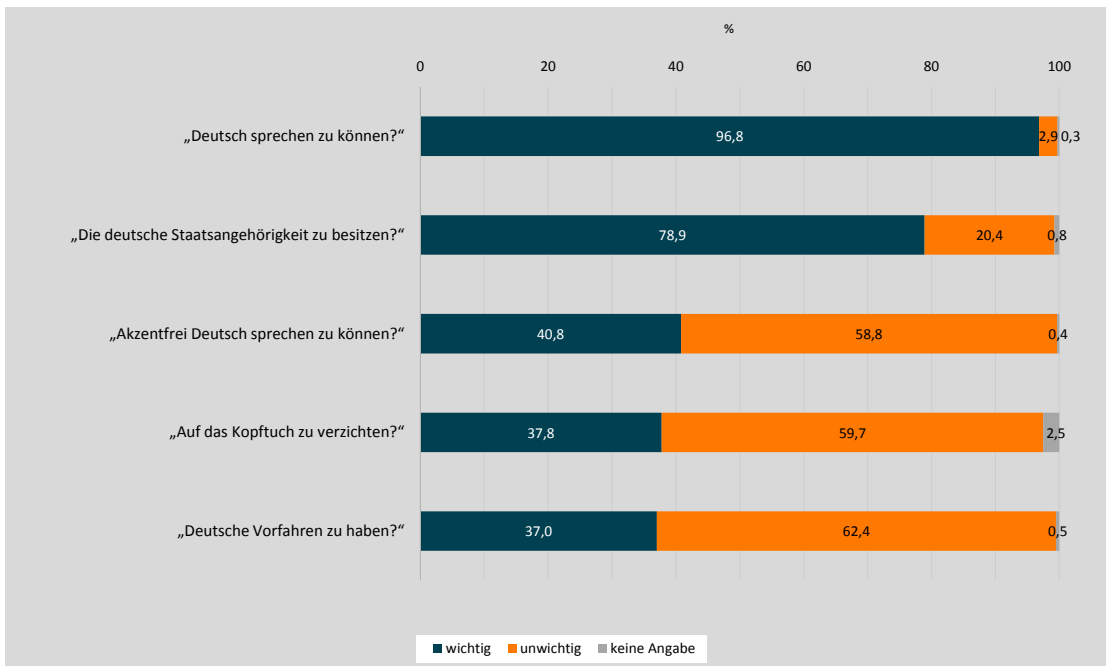
Kriterien des Deutschseins – offen und exklusiv zugleich

Wenn es aber so vielen Menschen wichtig ist, als Deutsche oder Deutscher gesehen zu werden, dann müssen wir erfahren, *wer* denn in der Außenwahrnehmung überhaupt so gesehen wird. Wer gehört für die Menschen zum Deutschsein dazu - und wer nicht? Wer bildet das „deutsche Wir“? Wir haben gefragt, „Halten Sie persönlich die folgenden Dinge für wichtig um deutsch zu sein?“⁹

Wir können feststellen, dass die „Narrationen des Deutschseins“ an vielen Stellen offen sind (Abbildung 5) und entsprechend erlern- und erwerbbar gegenüber askriptiven – also feststehenden, nicht erwerbbar – Merkmalen betont werden. Wir fragten nach Faktoren, die für das Deutschsein einer Person als wichtig erachtet werden. Genannt wurden mit etwa 80 Prozent der Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit sowie mit fast 97 Prozent die Fähigkeit, Deutsch sprechen zu können. Das bedeutet, es ist nach den Angaben der Bevölkerung auch für Personen mit Migrationshintergrund möglich, deutsch zu sein und als Deutsche oder Deutscher angesehen zu werden. Zumindest kognitiv scheint diese Erkenntnis, die für ein modernes Einwanderungsland konstitutiv ist, verarbeitet zu sein. Inwieweit es sich bei den positiven Werten um ein Antwortverhalten handelt, dass von sozialer Erwünschtheit beeinflusst wurde, können wir hier nicht messen.

9 Diese Frage wurde in zwei Versionen gestellt: „Halten Sie persönlich die folgenden Dinge für sehr wichtig, eher wichtig, eher unwichtig oder sehr unwichtig, um wirklich deutsch zu sein...“ und „Halten Sie persönlich die folgenden Dinge für sehr wichtig, eher wichtig, eher unwichtig oder sehr unwichtig, um deutsch zu sein...“.

Abbildung 5: Welche Kriterien sind für die Bevölkerung wichtig oder unwichtig um deutsch zu sein? (in Prozent, gewichtet)



Was wir aber aus den Daten erkennen können ist, dass trotz dieser „Modernisierung“ in der Wahrnehmung deutscher Identität die Narrationen des Deutschseins sich an zentralen Punkten immer noch exklusiv zeigen. So denken 37 Prozent der Deutschen weiterhin, dass deutsche Vorfahren wichtig sind, damit jemand deutsch ist. Das bedeutet, dass beispielsweise junge Menschen, die in Deutschland geboren wurden, die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, deutsch sprechen, sich deutsch fühlen und angeben, das Land zu lieben trotzdem nicht als deutsch und somit nicht als Teil des nationalen Narratives gesehen werden – weil ihre Eltern oder Großeltern als MigrantInnen nach Deutschland zogen. Die Exklusionsprozesse, die diese Wahrnehmung mit sich führt, wurden in qualitativen Vorstudien geprüft.¹⁰ Auf ein weiterhin enges Verständnis von Deutschsein weist auch hin, dass über 40 Prozent der Bevölkerung der Meinung sind, man müsse dafür akzentfrei deutsch sprechen.

Dieses Verständnis von ‚korrekter Sprache‘ als nationalem Kriterium offenbart eine fehlende Anerkennung der Realitäten einer Einwanderungsgesellschaft, in der die Dynamik der Veränderungen auch die Sprache vielfältiger werden lässt.

Die Narrationen des Deutschseins bleiben an zentralen Punkten also immer noch exklusiv. Dies zeigt sich auch deutlich daran, dass 38 Prozent der Bevölkerung der Meinung sind, wer ein Kopftuch trage, könne nicht deutsch sein. Diese Einstellung bedeutet für manche gläu-

¹⁰ Vgl. die Ergebnisse des Forschungsprojektes „Heymat – Hybride europäisch-muslimische Identitätsmodelle“: www.heyamat.hu-berlin.de, gefördert von der Volkswagen-Stiftung an der Humboldt-Universität zu Berlin.

bigen muslimischen Frauen notwendigerweise, dass sie durch einen großen Teil der Bevölkerung aus dem nationalen Narrativ und somit auch aus der kollektiven Identität herausdefiniert werden, egal ob sie hier geboren sind, die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, Deutsch sprechen und eventuell sogar deutsche Vorfahren haben – was bei konvertierten Frauen der Fall sein kann, aber auch bei Kindern von KonvertitInnen.

Zwischenfazit I

Die Frage was Deutschsein bedeutet und was dabei wichtig ist, unterliegt beständigen Debatten und Auseinandersetzungen. Noch weitergehender: Erst in den entsprechenden Diskursen wird konstruiert, was Deutschland und Deutschsein ist bzw. sein soll. Dabei entwickelt sich der Blick auf die Gegenwart nicht zuletzt auch durch den Blick zurück. Den entscheidenden Referenzpunkt für einen solchen Rückbezug stellt die Wiedervereinigung dar und das, obwohl die Daten deutlich vor dem 25. Jahrestag des Mauerfalls erhoben wurden. Negativ konnotierte Ereignisse, wie etwa der Zweite Weltkrieg oder gar der Holocaust, sind für die Wahrnehmung der Nation nicht sehr relevant. Und fußballbezogene Ereignisse, wie einzelne Weltmeisterschaften, werden häufiger genannt als ein historisches Ereignis wie etwa der Erste Weltkrieg, obwohl wir auch in der Zeit des 100-jährigen Jubiläums im Feld waren - aber im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft 2014 in Brasilien. So wie der Blick zurück durch positiv konnotierte Ereignisse geprägt ist, stellt sich auch die Beziehung zum eigenen Land dar. Die Menschen in Deutschland, gleich welchem politischen Lager sie angehören oder ob sie über einen sogenannten Migrationshintergrund verfügen, identifizieren sich mit Deutschland. Sie fühlen sich als Deutsche und es ist Ihnen wichtig, auch als solche wahrgenommen zu werden. Diese Pluralität derjenigen, die sich als deutsch verstehen und somit auch mitdefinieren, was Deutschsein bedeutet, lässt das Land als vielfältiger erscheinen. Sie ermöglicht eine Erzählung von Deutschland als offen und verbindend.

Dieses Bild wird jedoch konterkariert, wenn es um konkrete Konditionen der Zugehörigkeit geht. Wenn jeweils 37 bis 41 Prozent der Befragten für das Deutschsein als wichtig empfinden, deutsche Vorfahren zu haben, akzentfrei deutsch zu sprechen oder auf das Kopftuch zu verzichten, so weist dies auf jenen Widerspruch hin, der auch zwischen den Debatten um die Fußballweltmeisterschaft 2006 und jenen um das Sarrazin-Buch aufscheint: Das Selbstverständnis der Offenheit findet seine Grenzen, wenn es konkret wird. Stellen das Erlernen der Sprache oder die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft aus Sicht der Befragten auch notwendige Bedingungen dar, um deutsch sein zu können, so sind sie noch nicht hinreichend: Hinreichend ist für einen bedeutenden Teil der Befragten erst die Assimilation, das Unsichtbarwerden des scheinbar Anderen.

In einer postmigrantischen Gesellschaft lässt sich Integration unter anderem an der Identifikation von Menschen mit Migrationsgeschichten mit der Gesamtgesellschaft messen, aber im Sinne eines zweiseitigen Prozesses auch an der Anerkennung, die Menschen mit Migrationsgeschichten als selbstverständlichem Teil der kollektiven Identität entgegengebracht wird. Während wir für die Identifikation deutliche Anzeichen finden, können wir bei der konkreten Anerkennung von Vielfalt und Pluralität noch Lücken feststellen.

- Positive Rückbezüge sind derzeit bestimmend für die deutsche Selbstwahrnehmung. So überwiegt die Wiedervereinigung als historischer Bezugspunkt, Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg werden nur von 15 Prozent der Bevölkerung genannt und der Holocaust von weniger als einem Prozent.
- Deutschland definiert sich also nicht über eine negative Identität. Vielmehr identifiziert sich die Bevölkerung mit ihrem Land, indem sie mehrheitlich ihre „Liebe“ zu Deutschland bekennt.
- Dies geschieht über alle politischen Lager und auch über die Herkunftsgrenzen hinweg.
- Die Identifikation mit Deutschland ist bei Deutschen mit Migrationshintergrund annähernd genauso hoch wie bei Deutschen ohne Migrationshintergrund. Das verweist auf eine Veränderung der nationalen Identität. Immer mehr Menschen, deren Vorfahren nicht deutsch waren, nehmen für sich in Anspruch, deutsch zu sein und sich deutsch zu fühlen. Das führt zu einer Veränderung der Vorstellungen von nationaler Identität.
- Für die Akzeptanz als deutsch sind erwerbbarere Merkmale wie die Staatsangehörigkeit und die Sprache wichtiger als nicht erwerbbarere Merkmale – das Kopftuch abzulegen, deutsche Vorfahren zu haben und akzentfrei deutsch zu sprechen sind aber für rund 40 Prozent weiterhin wichtig, um deutsch zu sein.

II. Exkludierendes Deutschsein

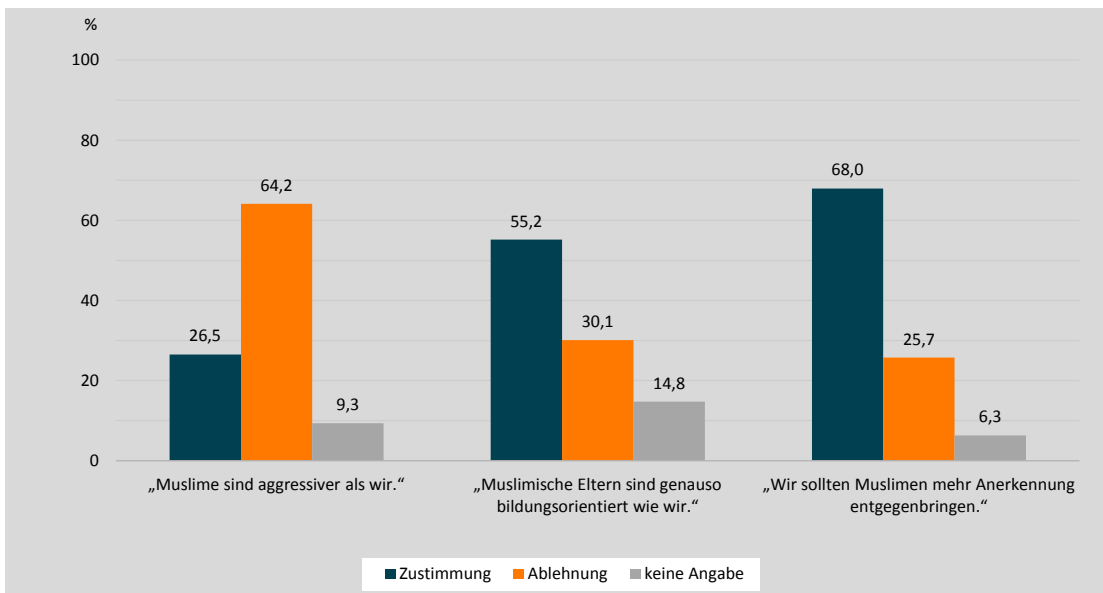
Es ist aber nicht nur das Kopftuch, welches einen Ausschluss aus dem nationalen Narrativ produziert. Seit Jahren gibt es etablierte Zuschreibungen, die Musliminnen und Muslime aus dem kollektiven Narrativ herausschreiben (Spielhaus 2011). Spätestens seit dem Buch von Thilo Sarrazin kreisen diese um Fragen der Gewalt, Aggression und Bildungsferne. Zahlreiche Studien haben dies in den letzten Jahren bestätigt (Pollack et al. 2013, Zick et al. 2011, Pollack 2010).

Gleichwertigkeit – Infragestellung durch exkludierende Stereotype

Die etablierten Stereotype, die auch einen Ausschluss aus dem kollektiven Narrativ markieren, werden in unserer Studie bestätigt: Entsprechend wurde in einem experimentellen Design für drei Aussagen mit verschiedenen Themeninhalten ein „wir“ als Komplementärgruppe eingeführt, um zu erfahren, in welches Verhältnis Musliminnen und Muslime von der Bevölkerung zu diesem nicht näher bestimmten „wir“ gesetzt werden.

Es standen drei Aussagen zur Auswahl, bei denen die Befragten angeben sollten, ob sie ihnen zustimmen oder nicht zustimmen (Abbildung 6).

Abbildung 6: **Wahrnehmung von Muslimen in Abgrenzung zu einer Wir-Gruppe (in Prozent, gewichtet)**



26,5 Prozent der Bevölkerung stimmen der Aussage zu „Muslime sind aggressiver als wir“. 64,2 Prozent lehnen diese ab. Damit geht knapp ein Viertel aller Befragten davon aus, dass es zum einen etwas unverändert „Muslimisches“ gibt – nämlich ein hohes Aggressionspotential. Zum anderen markiert dieses Viertel Muslime als klare Fremdgruppe. Diese unhinterfragte

Gegenüberstellung zwischen der Eigengruppe und „den“ Muslimen wird zwar durch die Frage nahegelegt, bleibt aber bei fast allen Befragten unwidersprochen und zieht sich durch die Folgeantworten.

Wird etwa nach der Bildungsorientierung von Musliminnen und Muslimen gefragt, also „Muslimische Eltern sind genauso bildungsorientiert wie wir“, dann stimmen dem 55,2 Prozent der Befragten zu, während 30 Prozent dem eher nicht/überhaupt nicht zustimmen. Bei dieser Aussage antworten immerhin knapp 15 Prozent, dass sie es nicht wüssten.

Der Aussage „Wir sollten Muslimen mehr Anerkennung entgegenbringen“ stimmen 68 Prozent der Bevölkerung voll und ganz bzw. eher zu, ein Viertel (25,7 Prozent) lehnt diese hingegen ab.

Auffallend ist, dass trotz existentem positivem Antwortverhalten bei allen Aussagen mehr als ein Viertel der Bevölkerung eine eher aus- bzw. abgrenzende Haltung gegenüber Musliminnen und Muslimen einnimmt. Bei diesem Viertel handelt es sich allerdings nicht um einen einheitlichen Block. Dies zeigt sich auch, wenn man das Antwortverhalten von Personen über mehrere Fragen hinweg betrachtet: Diejenigen, die ein von Stereotypen geprägtes Antwortverhalten zeigen, sind nämlich *nicht* Teil einer kleinen, fest umrissenen Gruppe, die bei jeder Frage durchgehend von Stereotypen geprägte Antworten geben und konsistent islamfeindlich antworten. Vielmehr handelt es sich dabei um eine große Gruppe von Menschen, die aber nicht durchweg allen Stereotypen, sondern einem (27,8 Prozent), zwei (18,9 Prozent) oder mehr dieser Stereotype zustimmt. 33,3 Prozent der Befragten stimmten den negativ ausgrenzenden Antworten, mit denen wir muslimfeindliche Einstellungen erfassen wollten, kein einziges Mal zu (siehe Tabelle 2). Allerdings kann diesem Drittel nicht automatisch ein durchweg positives Antwortverhalten zugerechnet werden, denn in diesem Drittel befinden sich auch auffallend viele „weiß nicht“ oder Verweigerungs-Antworten.

Tabelle 2: **Stereotypes Antwortverhalten¹¹ (in Prozent, gewichtet)**

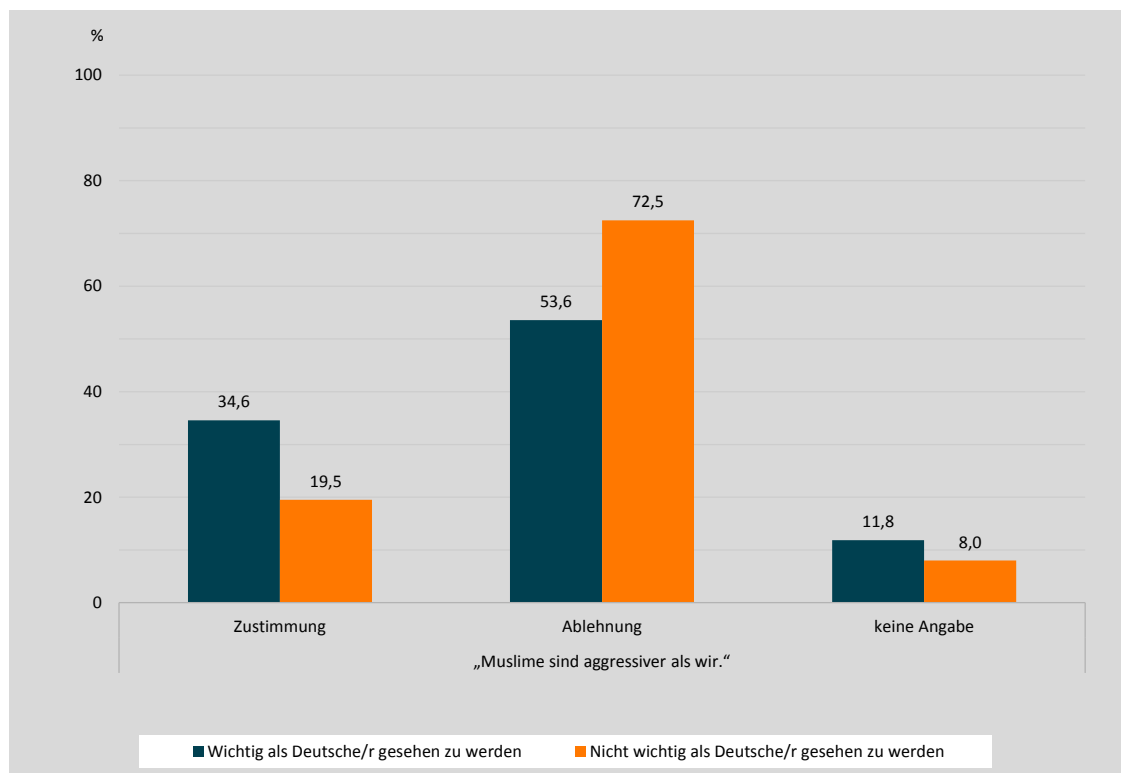
Anzahl der negativen bzw. ausgrenzenden Antworten	Anteil der Befragten
0	33,3
1	27,8
2	18,9
3	10,9
4	6,1
5	3,0

11 Die Tabelle basiert auf den Zustimmung- bzw. Ablehnungswerten zu den Aussagen: „Die in Deutschland lebenden Muslime sind eine Belastung für das soziale Netz.“, „Ich hätte kein Problem damit, mein Kind in eine Schule zu schicken, in der jeder vierte Schüler muslimisch ist.“, „Muslime sind aggressiver als wir.“, „Muslimische Eltern sind genauso bildungsorientiert wie wir.“ sowie „Muslime in Deutschland bedrohen viele Dinge, die ich in dieser Gesellschaft für gut und richtig halte.“

Anerkennung von Gleichwertigkeit und Zugehörigkeit weniger, je relevanter die nationale Verbundenheit

Wir wollten überprüfen, ob die Bezugnahme auf nationale Identität einen Effekt auf die Anerkennung von Gleichwertigkeit und Zugehörigkeit hat. Daher wurde der Zusammenhang zwischen Exklusion und der Aussage „Es ist wichtig für mich, dass mich die anderen als Deutsche/-r sehen.“, die einen starken Bezug zur nationalen Identität erkennen lässt, betrachtet. 45,6 Prozent der Befragten hatten dieser Aussage zugestimmt und damit einen starken Bezug auf nationale Identität geäußert (Abbildung 1). Personen, denen es wichtig ist, als deutsch wahrgenommen zu werden, antworten zwar nicht konsistent ausgrenzend, aber zeigen deutlich häufiger Zustimmung zu exkludierenden Aussagen gegenüber Musliminnen und Muslimen im Gegensatz zu denjenigen Personen, denen es nicht wichtig ist, als deutsch angesehen zu werden. So stimmen sie beispielsweise zu 34,6 Prozent der Aussage „Muslime sind aggressiver als wir“ zu, wohingegen diese Zustimmung nur zu 19,5 Prozent von Personen vorgenommen wird, denen der Selbstbezug zu nationaler Identität unwichtig ist (Abbildung 7).

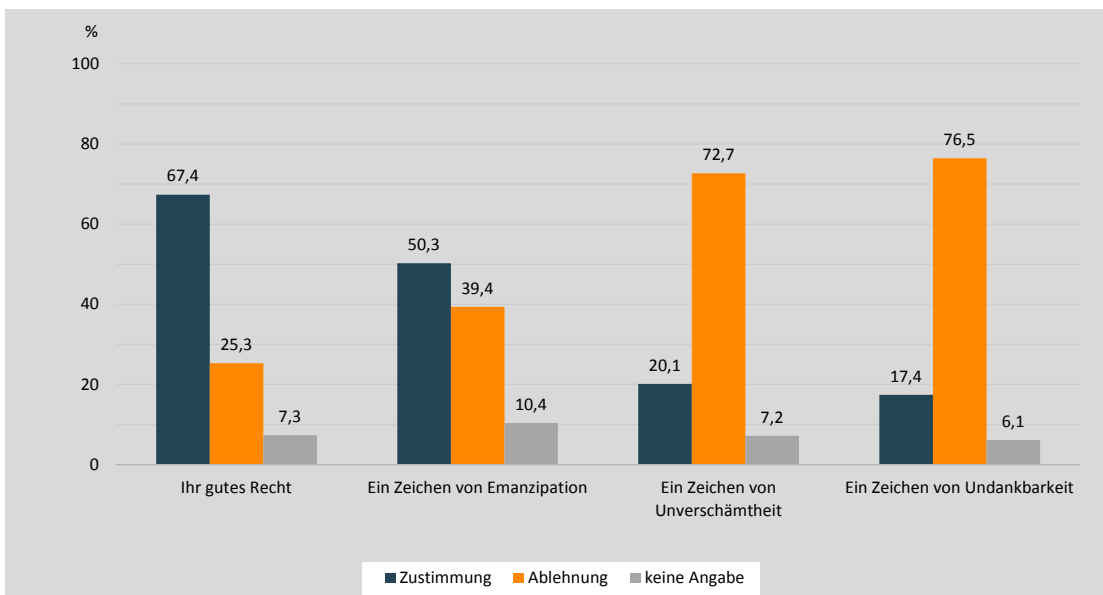
Abbildung 7: Zusammenhang zwischen der Wichtigkeit als Deutsche/r wahrgenommen zu werden und der Aussage „Muslime sind aggressiver als wir“ (in Prozent, gewichtet)



Teilhabe – Forderungen werden als legitim anerkannt

Die nichtmuslimische Bevölkerung findet es zu einem Großteil legitim, wenn Musliminnen und Muslimen in Deutschland Forderungen stellen (Abbildung 8). Etwa zwei Drittel (67,4 Prozent) stimmen der Aussage zu „Wenn Muslime in Deutschland Forderungen stellen, ist das ihr gutes Recht“ – sie bewerten diese veränderten gesellschaftlichen Dynamiken also als demokratisch und rechtmäßig. Auch werten 50,3 Prozent Forderungen von Musliminnen und Muslimen als Emanzipation. Gleichzeitig denkt etwa ein Fünftel, dass Forderungen von Musliminnen und Muslimen ein Ausdruck von Unverschämtheit sind (20,1 Prozent) und 17,4 Prozent der Bevölkerung empfindet dies als Undankbarkeit.

Abbildung 8: Zustimmung zu der Aussage „Wenn Muslime zu viele Forderungen stellen, dann ist das ...“ (in Prozent, gewichtet)

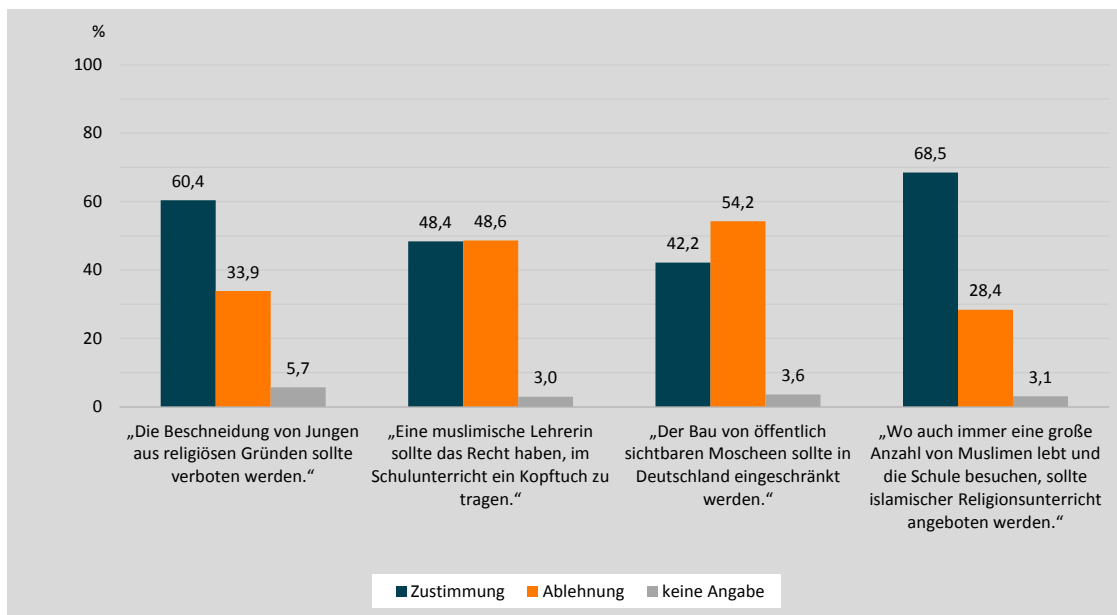


Partizipation und Anerkennung

Eine ambivalente Haltung gegenüber Musliminnen und Muslimen zeigt sich nicht nur anhand etablierter Stereotype und gesellschaftlicher Forderungen, sondern findet ihren Ausdruck auch in den Haltungen zu politisch diskutierten Themen wie Beschneidung, Moscheebau oder religiösen Symbolen im öffentlichen Raum, darunter dem Kopftuch bei Lehrerinnen (Abbildung 9).

Das Verhältnis von Staat und Religion ist angesichts sinkender Mitgliedschaften der großen christlichen Kirchen und der zunehmenden religiösen Pluralisierung beständigen Herausforderungen ausgesetzt. Dabei wird zum einen ganz grundsätzlich diskutiert, welcher Platz Religion im weltanschaulich neutralen Staat zukommen soll, zum anderen, inwieweit Minderheitenreligionen gleiche Rechte zugestanden werden sollen wie insbesondere die katholische und evangelische Kirche.

Abbildung 9: **Einstellungen zur religiösen Beschneidung, zum Kopftuch bei Lehrerinnen, zum Moscheebau und zu Islamischem Religionsunterricht (in Prozent, gewichtet)**



Die folgenden Abschnitte zu Beschneidungsverbot, Moscheebau, dem Tragen des Kopftuchs und islamischem Religionsunterricht bilden auf der einen Seite zentrale Punkte in der öffentlichen Diskussion auf Bundes- und Landesebene ab, auf der anderen Seite stellen sie entscheidende Wegmarkierungen für die gesellschaftliche Partizipation einer religiösen Minderheit – den Musliminnen und Muslimen – dar. Insofern soll analysiert werden, welche kulturelle, sozial-räumliche, symbolische und strukturelle Anerkennung religiöser Vielfalt die Bevölkerung in Deutschland signalisiert. Religiöse Vielfalt steht hier exemplarisch für einen sichtbaren und symbolischen Bestandteil heterogener postmigrantischer Gesellschaften. Die Einstellung zu religiöser Vielfalt wird hier, wie bereits in der Einleitung formuliert, exemplarisch am Beispiel der Einstellung gegenüber der größten religiösen Minderheit – den Musliminnen und Muslimen in Deutschland – erhoben.

Kulturelle Anerkennung – Beschneidung

Fast alle Befragten haben eine Meinung zu diesen Themen, und viele Einstellungen haben negative Auswirkungen auf die Glaubenspraxis von Musliminnen und Muslimen.

Zu den großen religionspolitischen Debatten der letzten Jahre zählt die Frage der religiös motivierten Beschneidung von Jungen. Sowohl im Islam¹² als auch im Judentum ist die Beschneidung von Jungen vorgesehen. Sie stellt einen wesentlichen Teil der jüdischen und muslimischen Religion dar (Rohe 2012, Knobloch 2012). Diese Praxis wurde in Deutschland viele Jahre auch ohne gesetzliche Regelung toleriert. Erst als das Landgericht Köln 2012 die Beschneidung als Körperverletzung einstufte, entstand eine breite öffentliche, außerordentlich heftige Debatte. Im Zuge dieser wurde immer wieder unterstellt, dass jüdische und mus-

12 Eine differenzierte Einschätzung zur religiös motivierten Beschneidung bei Jungen und Männern im Islam liefert Mathias Rohe. Vgl. Rohe, Mathias: Zur religiös motivierten Beschneidung von Jungen und Männern im Islam, Webseite der Deutschen Islam Konferenz 29.10.2012, online: <http://www.deutsche-islam-konferenz.de/DIK/DE/Magazin/Recht/Beschneidung-Grundlagen/beschneidung-grundlagen-node.html> zuletzt geprüft am 28.11.2014.

limische Eltern sich über die Grundrechte ihrer Kinder hinwegsetzen würden und das Kindeswohl für sie eine geringere Rolle spiele als ihre alten Traditionen. Die Debatte ging mit der Konstruktion eines regelrechten Dualismus zwischen „deutschem Rechtsdenken“ und „jüdisch-muslimischem Religionsritus“ (Darnstädt 2012) so weit, dass der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Dieter Graumann, darin ein Aufflammen von Antisemitismus sah¹³ und auch Bundeskanzlerin Angela Merkel intervenierte.¹⁴ Im Ergebnis verabschiedete der Deutsche Bundestag ein Gesetz, wonach Beschneidungen durch die Eltern auch ohne medizinische Notwendigkeit veranlasst werden können. Der Bundestag begründet das in einem Entschließungsantrag damit, dass „[j]üdisches und muslimisches religiöses Leben [] weiterhin in Deutschland möglich sein [muss]“ (BT 2012a).

Die Einstellungen gegenüber einem Beschneidungsverbot verdeutlichen, wie die Bevölkerung – prototypisch für eine postmigrantische Gesellschaft, in der konkurrierende Normen und Werte ausgehandelt werden – mit dem Recht religiöser Minderheiten auf kulturelle Selbstbestimmung hadert: Zwei Jahre nach der Beschneidungsdebatte wollen 60,4 Prozent der Befragten die Beschneidung von Jungen verbieten. Obwohl der Gesetzesentwurf der Bundesregierung „über den Umfang der Personensorge bei einer Beschneidung des männlichen Kindes“ (BT 2012b) im Bundestag eine Mehrheit fand, hat sich diese Akzeptanz des Rechts der religiösen Beschneidung in der Bevölkerung noch nicht endgültig durchsetzen können. Offensichtlich wirkt das negative Bild, welches in der Debatte von der Beschneidung gezeichnet wurde, hier noch nach.

Auch bei dieser Einstellung zeigt sich, dass bei denjenigen, denen der nationale Bezugspunkt (als Deutsche oder Deutscher gesehen zu werden) wichtiger ist, die ausgrenzenden Tendenzen höher sind als bei denjenigen, denen das nicht wichtig ist – und zwar um ca. 14 Prozentpunkte (67,8 vs. 54,2 Prozent).

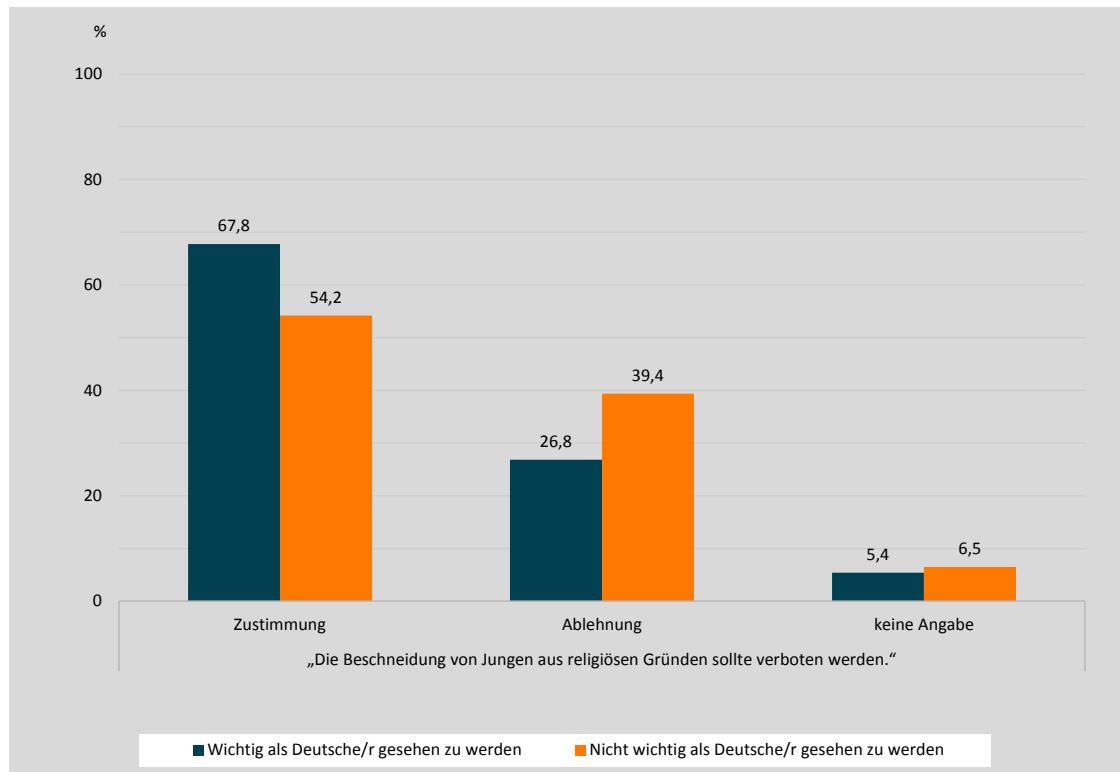
Wir finden hier allerdings einen noch stärkeren Unterschied zwischen Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund: Deutsche ohne Migrationshintergrund, denen die Fremdwahrnehmung als „deutsch“ wichtig ist, wollen die Beschneidung sogar zu 72 Prozent verbieten. Bei Deutschen mit Migrationshintergrund, denen diese Fremdwahrnehmung wichtig ist, sind es hingegen nur 52 Prozent. Dies verweist unter Umständen darauf, dass der Wunsch nach Zugehörigkeit zum nationalen Narrativ auch unterschiedliche Funktionen haben kann: Während er bei Deutschen ohne Migrationshintergrund mit stärkeren Tendenzen von Ausschluss einhergeht, kann er für Deutsche mit Migrationshintergrund – vor dem Hintergrund der Erfahrung beständiger Herausdefinition aus der nationalen Erzählung – primär einen Wunsch nach Einschluss ausdrücken.

Deutlich wird jedenfalls, dass sich der Bezugspunkt der nationalen Kategorie ändert, wenn sich auf das gleiche Gut bezogen wird („Wichtigkeit, als Deutsche/r wahrgenommen zu werden“), damit aber sehr unterschiedliche Wertepositionen eingespeist werden.

13 Graumann, Dieter: „Viele haben die Beschneidungsdebatte missbraucht“, Welt-Online 28.12.2012, Online verfügbar unter: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article112264302/Viele-haben-die-Beschneidungsdebatte-missbraucht.html>, zuletzt geprüft am 26.11.2014.

14 Spiegel: Umstrittene Rechtslage. Kanzlerin warnt vor Beschneidungsverbot, Spiegel.de 16.07.2012, Online verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundeskanzlerin-merkel-warnt-vor-beschneidungsverbot-a-844671.html>, zuletzt geprüft am 26.11.2014.

Abbildung 10: **Zusammenhang zwischen der Wichtigkeit als Deutsche/r wahrgenommen zu werden und der Aussage „Die Beschneidung von Jungen aus religiösen Gründen sollte verboten werden.“ (in Prozent, gewichtet)**



Sozialräumliche Anerkennung – Moscheebau

Während die Frage der Beschneidung Jüdinnen/Juden und Musliminnen und Muslime gleichermaßen betrifft, gab es in den letzten Jahren auch eine Reihe von gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen, in denen es ausschließlich um das Recht von Musliminnen und Muslimen ging, ihren Glauben in Deutschland sichtbar zu leben. Dazu zählen die wiederkehrenden Debatten um den Bau von repräsentativen Moscheen.

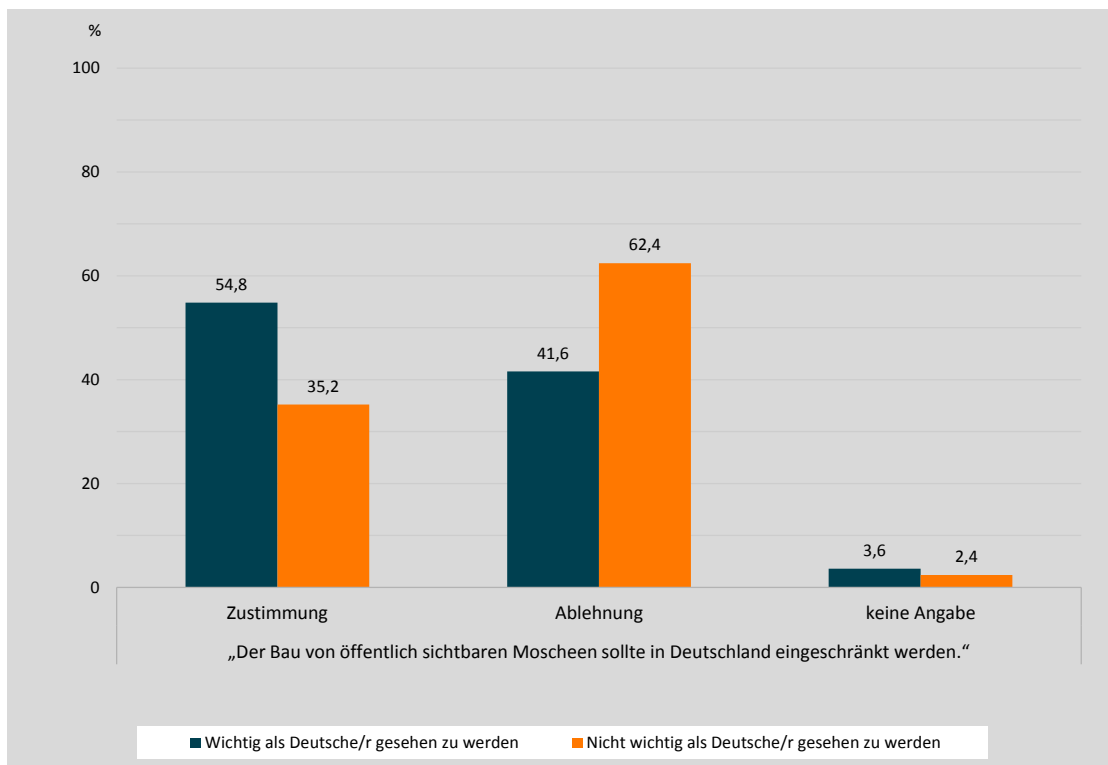
Derzeit gibt es in Deutschland ca. 2600 Moscheen (Häusler 2011). Die meisten von ihnen befinden sich in Hinterhöfen, auf Fabrikgeländen oder in ehemaligen Ladenlokalen (Leggewie et al. 2002: 10). Da sie auch keine Kuppeln oder Minarette besitzen, sind sie von außen nicht sofort als Moschee erkennbar.

Die seit den 1990er Jahren entstehenden sichtbaren und repräsentativen Moscheeneubauten sind Ausdruck davon, dass Musliminnen und Muslime Deutschland zunehmend als ihre neue Heimat verstanden haben (Kraft 2002: 199–202, Rommelspacher 2009). Immer wieder sorgten repräsentative Moscheebauten dabei für große Konflikte wie etwa in Köln-Ehrenfeld, Duisburg-Marxloh, Berlin-Heinersdorf oder Leipzig-Gohlis. Neben dem eigentlichen Bau wurde insbesondere gegen die Möglichkeit des Muezzinrufs und den Bau von Minaretten

polemisiert. Auch das 2009 in der Schweiz per Volksabstimmung in die Verfassung verankerte Minarettverbot (Behloul 2010: 131–133) hat die deutsche Debatte weiter befeuert.¹⁵

Moscheebauvorhaben besitzen auch deswegen für die Analyse postmigrantischer Gesellschaften eine hohe Bedeutung, da hier die symbolische Position ausgehandelt wird, die den Musliminnen und Muslimen innerhalb des Stadtraums von der etablierten nicht-muslimischen Mehrheitsgesellschaft zugestanden wird (Leggewie et al. 2002: 33). Mit der so entstehenden sozialräumlichen Präsenz muss sich eine postmigrantische Gesellschaft auseinandersetzen, was auch zu Konflikten mit jenen führt, die ihre Vorrechte auf symbolische Etabliertheit im öffentlichen Raum in Frage gestellt sehen (Färber/Spielhaus 2006).

Abbildung 11: **Zusammenhang zwischen der Wichtigkeit als Deutsche/r wahrgenommen zu werden und der Aussage „Der Bau von öffentlich sichtbaren Moscheen sollte in Deutschland eingeschränkt werden.“ (in Prozent, gewichtet)**



42,2 Prozent der Gesamtbevölkerung sind für eine Einschränkung des Baus öffentlich sichtbarer Moscheen (Abbildung 9). Befragte, denen es wichtig ist, als Deutsche oder Deutscher gesehen zu werden, stimmen der Einschränkung des Baus sogar zu 54,8 Prozent zu (Abbildung 11). Bei dieser Abfrage ist kein Unterschied zwischen Deutschen mit und Deutschen ohne Migrationshintergrund, denen es wichtig war, als deutsch gesehen zu werden, festzustellen.

¹⁵ Die Debatte um Islamkritik in Deutschland zu Beginn des Jahres 2010 spiegelt dies wider. Vgl. Zusammenstellung des Heimat-Projektes: http://www.heyamat.hu-berlin.de/debatte_islamkritik, zuletzt geprüft am 26.11.2014.

Symbolische Anerkennung – Kopftuch

Während die Beschneidung die Privat- und Intimsphäre der Gläubigen betrifft, der Moscheebau hingegen die öffentliche Präsenz muslimischen Lebens im sozialen Raum, gibt es auch eine Reihe von Konflikten, die sich direkt um das Verhältnis von Staat und Religion drehen. Dieses ist in Deutschland noch immer von einer – wie es Ulrich Stutz bereits 1924 bezeichnet hat (Stutz 1924) – „hinkenden Trennung“ geprägt, nach der es sich um getrennte Sphären handelt, die jedoch in kooperativer Weise miteinander verbunden sind. Gleichzeitig ist dem Staat eine religiös-weltanschauliche Neutralität auferlegt, die nach dem Bundesverfassungsgericht als „eine offene und übergreifende, die Glaubensfreiheit für alle Bekenntnisse gleichermaßen fördernde Haltung zu verstehen“ ist (Kopftuchurteil: BVerfG, 2 BvR 1436/02 vom 3.6.2003, Rn. 430). Neutralität erzwingt also keineswegs, dass der staatlich verantwortete Raum religiös-weltanschaulich steril ist, sie verhindert aber ein einseitiges Bekenntnis des Staates zu einer Religion.

Besondere Relevanz entwickelt die Frage der Beziehung von Staat und Religion im Sozialraum Schule, zwingt er doch Menschen mit unterschiedlichen religiösen Auffassungen zum Miteinander. Nicht zuletzt dadurch, dass jede und jeder eigene Erfahrungen mit dem Schulbesuch gemacht hat und es hier um die Entfaltungsmöglichkeit von Kindern und Jugendlichen geht, polarisiert diese Frage in der öffentlichen Diskussion besonders stark. Dies hat sich auch bei den Debatten zur Reichweite der religiös-weltanschaulichen Neutralität in der Schule gezeigt, die einerseits an dem in Bayern etwa heute noch üblichen Kreuzifix in Schulen sowie an dem Kopftuch von muslimischen Lehrerinnen entbrannt sind. Beide Konflikte sind dabei bis vor das Bundesverfassungsgericht gegangen und in Bezug auf das Kopftuch ist auch aktuell noch eine Verfassungsbeschwerde anhängig.

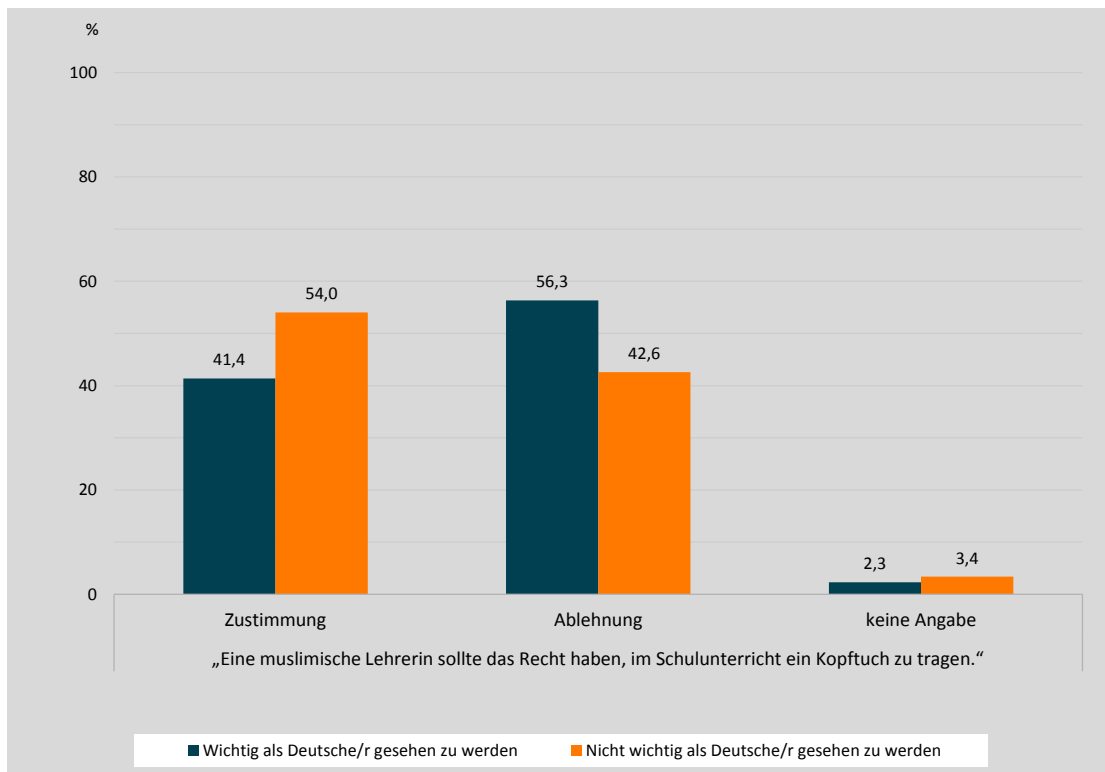
In der politischen Auseinandersetzung um das Kopftuch von Lehrerinnen wird auch immer wieder diskutiert, welchen Stellenwert und welche Bedeutung das Kopftuch hat. Eine Antwort aus Perspektive der Musliminnen und Muslimen kann die im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz (DIK) erstellte Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ (MLD) geben, laut der 27,6 Prozent aller Musliminnen in Deutschland ein Kopftuch tragen (Haug et al. 2009: 194–195). Dieser Anteil ist bei älteren Musliminnen deutlich höher als bei jüngeren (Haug et al. 2009: 196). Als Motiv für das Kopftuchtragen dominiert die Perspektive, dass es sich um eine religiöse Pflicht handle. Dies geben 92,3 Prozent der befragten Musliminnen an. An zweiter Stelle und von 42,3 Prozent genannt folgt, dass das Kopftuch Sicherheit gebe. An dritter Stelle liegt der Wunsch, als Muslimin erkennbar zu sein. Fremderwartungen von Familie und/oder Partner spielen dagegen nur eine untergeordnete Rolle und werden jeweils von ca. 6–7 Prozent der Kopftuchtragenden genannt (Haug et al. 2009: 205–206). Damit stellt das Kopftuch für die meisten Musliminnen einen selbstbestimmten Akt religiöser Bekundung dar.

Beinahe die Hälfte der deutschen Bevölkerung findet allerdings, dass Lehrerinnen kein Kopftuch tragen sollten (Abbildung 9).

Wir können die Akzeptanz des Kopftuchs als eine Form von symbolischer Anerkennung interpretieren, die von 48,6 Prozent der Befragten verweigert wird. Negativhaltungen gegenüber diesem Thema finden sich auch hier insbesondere bei Menschen, für die es wichtig ist, als deutsch gesehen zu werden (Abbildung 12).¹⁶

16 Auch hier gibt es keinen signifikanten Unterschied zwischen Deutschen mit und Deutschen ohne Migrationshintergrund.

Abbildung 12: **Zusammenhang zwischen der Wichtigkeit als Deutsche/r wahrgenommen zu werden und der Aussage „Eine muslimische Lehrerin sollte das Recht haben, im Schulunterricht ein Kopftuch zu tragen.“ (in Prozent, gewichtet)**



Strukturelle Anerkennung – Religionsunterricht

Einen besonderen Stellenwert in der kooperativen Trennung zwischen Staat und Religionsgemeinschaften nehmen die sogenannten Res Mixtae, also die gemeinsamen Angelegenheiten, ein. Dazu zählt etwa die kirchliche Seelsorge im Militär oder die Mitwirkung von Religionsgemeinschaften in Rundfunkräten. Ein Kernelement der Kooperation von Staat und Religionsgemeinschaften stellt der Religionsunterricht dar, der nach Art. 7 Abs. 3 GG an den öffentlichen Schulen außer in Bremen und Berlin (Art. 141 GG) ordentliches Lehrfach ist.

Grundsätzlich ist der Religionsunterricht weder an eine spezifische öffentlich-rechtliche oder privatrechtliche Organisationsform gebunden, noch ist er ein Vorrecht der beiden großen christlichen Kirchen (von Campenhausen und de Wall 2006: 216); vielmehr können unter anderem Juden und die altkatholische Kirche zumindest in einigen Ländern einen eigenen Religionsunterricht anbieten (vgl. Corlazzoli 2009). Das größte Hindernis für einen islamischen Religionsunterricht besteht in der Frage nach einem Ansprechpartner, der die inhaltlichen Grundsätze des Unterrichts festlegen kann. Dazu kommt, dass sich die Exekutiven der Länder lange Zeit geweigert haben, selbst Merkmale für eine Religionsgemeinschaft nach Art. 7 Abs. 3 GG zu erarbeiten – erst mit einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG 6 C 2.04) zur Frage, ob Dachverbände Religionsgemeinschaften sein können, wurden die anzulegenden Maßstäbe konkretisiert (Oebbecke 2008: 54). Während in Hessen inzwischen DITIB und Ahmadiyya Muslim Jamaat als Religionsgemeinschaften anerkannt wurden und

seit 2013 einen eigenen Religionsunterricht anbieten, wird der im gleichen Jahr gestartete islamische Religionsunterricht in Niedersachsen durch einen Beirat ermöglicht, in dem sich Schura Niedersachsen und DITIB zusammengeschlossen haben. Bereits ein Jahr früher startete ein Islamischer Religionsunterricht in Nordrhein-Westfalen, der von einem gesetzlich eingesetzten Beirat getragen wird, in dem neben vier VertreterInnen des Koordinationsrats der Muslime (KRM) auch vier vom Land im Einvernehmen mit dem KRM bestimmte VertreterInnen mitwirken. Deutlich eher (2006 in Baden-Württemberg sowie in den folgenden Jahren auch in anderen Ländern) konnte die Alevitische Gemeinde Deutschland einen eigenen Religionsunterricht nach Art. 7 Abs. 3 GG anbieten.

Ein islamischer Religionsunterricht erfährt eine hohe Zustimmung: 68,5 Prozent der Befragten bejahen die Aussage „Wo auch immer eine große Anzahl von Muslimen lebt und die Schule besuchen, sollte islamischer Religionsunterricht angeboten werden“, die wir hier als Indikator für strukturelle Anerkennung erfragt haben (Abbildung 9). Die Zustimmungswerte bei denjenigen, denen die eigene nationale Identität wichtig ist, unterscheiden sich hierbei nicht wesentlich.

Zwischenfazit II

Es zeigt sich, dass eine hohe Identifikation mit der eigenen Nation und eine hohe Bezugnahme auf nationale Identität Prozesse von „Othering“ und sogar den konkreten Ausschluss einer religiösen Minderheit aus dem nationalen „Wir“ befördern kann. Eine wichtige Erkenntnis ist, dass dieser Ausschluss aus dem kollektiven deutschen Narrativ nicht einfach nur auf einer diskursiven oder emotionalen Ebene stattfindet: Das Ausüben religiöser Praktiken und der Bau von Gotteshäusern im öffentlichen Raum sind – mit bestimmten Einschränkungen – bürgerliche Grundrechte. Menschen, die Musliminnen und Muslimen aus dem nationalen Narrativ ausschließen, möchten sie also auch eher von politischer Partizipation ausschließen. Hier zeigen sich die materiellen Auswirkungen von Stereotypisierungen: Mit den diskursiven Meinungen geht die potentielle Bereitschaft einher, die Rechte von Minderheiten einzuschränken. Deutlich wurde, dass Personen, die einen starken Bezug zur nationalen Identität haben, eine höhere potentielle Bereitschaft aufweisen, Rechte von Minderheiten einzuschränken. Immerhin haben 46 Prozent der Befragten einen starken Bezug zu einer nationalen Identität kundgetan.

Es gibt ein Panorama der „Exklusionen des Deutscheins“: Unter den Befragten finden sich teilweise hohe Zustimmungswerte zu antimuslimischen Aussagen, doch zeigen diese kein konsistentes Antwortverhalten. Wir können daraus ableiten, dass es nur einen kleinen „harten Kern“ gibt, der tatsächlich ein geschlossenes antimuslimisches Weltbild hat – das ist die gute Nachricht. Es sind jedoch nicht immer dieselben Befragten, die ausgrenzend antworten. Dies spricht dafür, dass die Zahl der Menschen, die zumindest einzelne negative Stereotype von Musliminnen und Muslimen hat, noch deutlich größer ist. Die schlechte Nachricht ist also, dass ein breiter Teil der deutschen Bevölkerung einzelnen Vorurteilen – etwa Vorstellungen von Musliminnen und Muslimen als bildungsfern, aggressiv oder als „Sozialschmarotzern“ – zustimmt. Hier droht die Gefahr des „Kippens“ bei veränderten gesellschaftlichen Bedingungen, denn unter Umständen können rechtspopulistische Parteien hier ideologische Anknüpfungspunkte finden – und die Gefahr ist umso größer bei Personen, die sich stark national identifizieren. Gleichzeitig zeigt sich bei dieser Art der fragmentierten Ideologie auch Potential für die Bildungsarbeit, wenn rechtzeitig interveniert wird.

Wichtig ist, anzumerken, dass wir mit unserer Studie *Einstellungen* messen. Einstellungen führen nicht notwendigerweise zu Handlungen. Die Anschläge auf Moscheen in den letzten Monaten in Deutschland wie auch die qualitative Verschärfung in diffamierenden Zuschriften an sichtbare VertreterInnen der muslimischen Minderheiten und ihre AllianzpartnerInnen (JournalistInnen, AkademikerInnen, AktivistInnen) sowie muslimische Einzelpersonen verweisen aber darauf, dass ein Teil der Bevölkerung durchaus willens ist, diesen Einstellungen Handlungen folgen zu lassen.

- Muslime werden derzeit aus dem deutschen „Wir“ ausgeschlossen.
- Dort, wo die nationale Identität einen hohen Stellenwert einnimmt, ist die Bereitschaft, Musliminnen und Muslimen kulturell-religiöse, sozialräumliche oder symbolische Rechte vorzuenthalten, höher.
- Es existiert eine abstrakte Bereitschaft der Anerkennung von Rechten bei gleichzeitiger Aktivierung von Stereotypen, sobald damit verbundene Forderungen konkret werden (z.B. Moscheebau im öffentlichen Raum).
- Vorurteile gegenüber Musliminnen und Muslimen sind nicht ausschließlich in Form eines geschlossenen Weltbilds bei einem kleinen Teil der Bevölkerung vorhanden, ein Großteil der Bevölkerung teilt zumindest einzelne Stereotype.

III. Postmigrantisches Deutschsein?

Die postmigrantische Gesellschaft ist durch eine Zunahme der gegenseitigen Wahrnehmung, Interaktionen und familiären Bezüge zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen geprägt. Für ein „postmigrantisches Panorama“ ist es deswegen unerlässlich zu fragen, was die Befragten über die demographischen Veränderungen in der postmigrantischen Gesellschaft wissen. Was passiert in den erweiterten Kontaktträumen? Und wie gestaltet sich mediale Repräsentation von Minderheiten (hier Musliminnen und Muslimen) in dieser Gesellschaft?

Drei Faktoren werden immer wieder als positive Einflussquellen für den Abbau von Stereotypen genannt: Wissen, Kontakt und Medien. Wir haben diese Faktoren geprüft – und obwohl wir mit den vorliegenden Daten keine eindeutigen Kausalitäten zeigen können, sind doch einige Auffälligkeiten bemerkbar. Die Daten müssen diesbezüglich noch tiefergehend ausgewertet werden.

Wissen

Im vorangegangenen Kapitel wurde dargestellt, welche Einstellungen in der Bevölkerung gegenüber Musliminnen und Muslimen vorherrschen. Bei diesem Kapitel handelt es sich um eine ergänzende Komponente der Befragung, mit der festgestellt werden kann, auf welcher selbsteingeschätzten Wissensbasis die Befragten ihre Einschätzungen abgegeben haben.¹⁷

Zunächst zeigt sich, dass 66,7 Prozent der Befragten ihr eigenes Wissen über Musliminnen und Muslimen als eher bzw. sehr wenig einschätzen. 32,1 Prozent hingegen meinen sehr bzw. eher viel über Musliminnen und Muslime zu wissen (Abbildung 13).

Wahrnehmung – Knapp 70 Prozent überschätzen den Anteil der Muslime

Ergänzend zu dieser Einschätzung wollten wir erfahren, wie hoch die Befragten den Anteil der Muslime an der Bevölkerung in Deutschland einschätzen (Abbildung 14). Dies sollte uns auch eine Einschätzung liefern, wie präsent Muslime in der Wahrnehmung der Bevölkerung sind.

Während dieser Anteil real zwischen 4 und 5 Prozent der Gesamtbevölkerung beträgt (Haug et al. 2009: 80), wird er von 69 Prozent der Befragten teilweise stark überschätzt. 21,6 Prozent der Befragten vermuten den Anteil der Muslime an der Bevölkerung bei zwischen 11 und 20 Prozent. Der Anteil der Befragten, die den Anteil der Muslime mit 21 Prozent und mehr sehr stark überschätzen, liegt bei 23 Prozent.

17 Die konkrete Frage lautete: „Wie würden Sie Ihr Wissen über Muslime einschätzen? Wissen Sie sehr viel, viel, nicht so viel oder gar nichts über Muslime in Deutschland?“

Abbildung 13: **Einschätzung des eigenen Wissens über Muslime (in Prozent, gewichtet)**

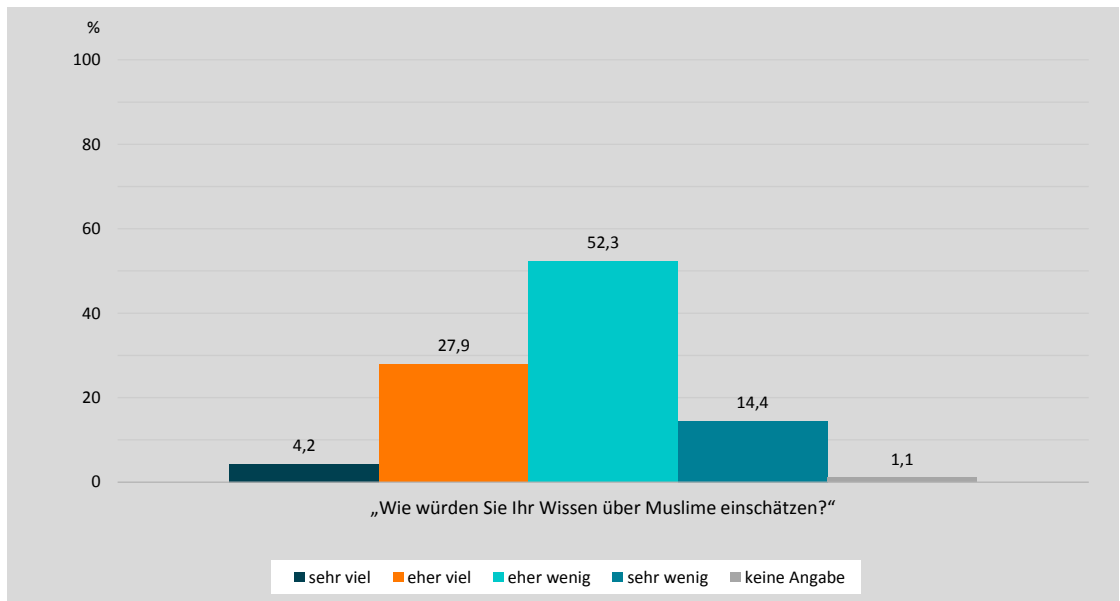
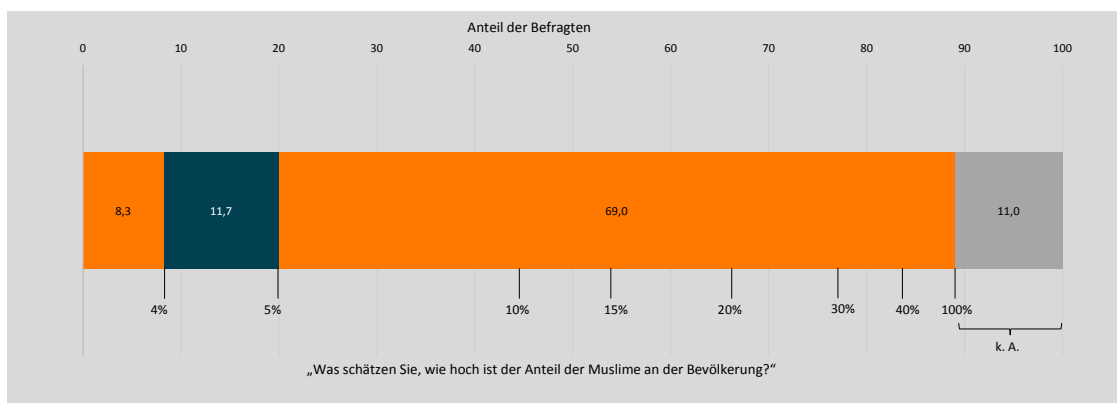


Abbildung 14: **Schätzung des Anteils der Muslime an der Bevölkerung in Deutschland (in Prozent, gewichtet)**



Bedrohungsgefühl in Relation zur Überschätzung

Zwischen dem geschätzten Anteil der Muslime in Deutschland und einem subjektiven Bedrohungsgefühl besteht ein Zusammenhang: Die Personen, die deutlich höher schätzen, den Anteil also mit 21 Prozent und mehr angeben, stimmen auch eher der Aussage „Muslime in Deutschland bedrohen viele Dinge, die ich in dieser Gesellschaft für gut und richtig halte.“ zu (Tabelle 3).

Tabelle 3: **Zusammenhang zwischen dem geschätzten Anteil der Muslime in Deutschland und der Zustimmung zu der Aussage „Muslime in Deutschland bedrohen viele Dinge, die ich in dieser Gesellschaft für gut und richtig halte.“ (in Prozent, gewichtet)**

		„Muslime in Deutschland bedrohen viele Dinge, die ich in dieser Gesellschaft für gut und richtig halte.“			
		Zustimmung	Ablehnung	weiß nicht/ verweigert	
„Was schätzen Sie, wie hoch ist der Anteil der Muslime an der Bevölkerung in Deutschland?“	1–10 %	21,0	72,1	6,9	100
	11–20%	21,8	72,2	6,0	100
	21 % und mehr	29,8	61,1	9,1	100
	weiß nicht	22,8	50,9	26,3	100

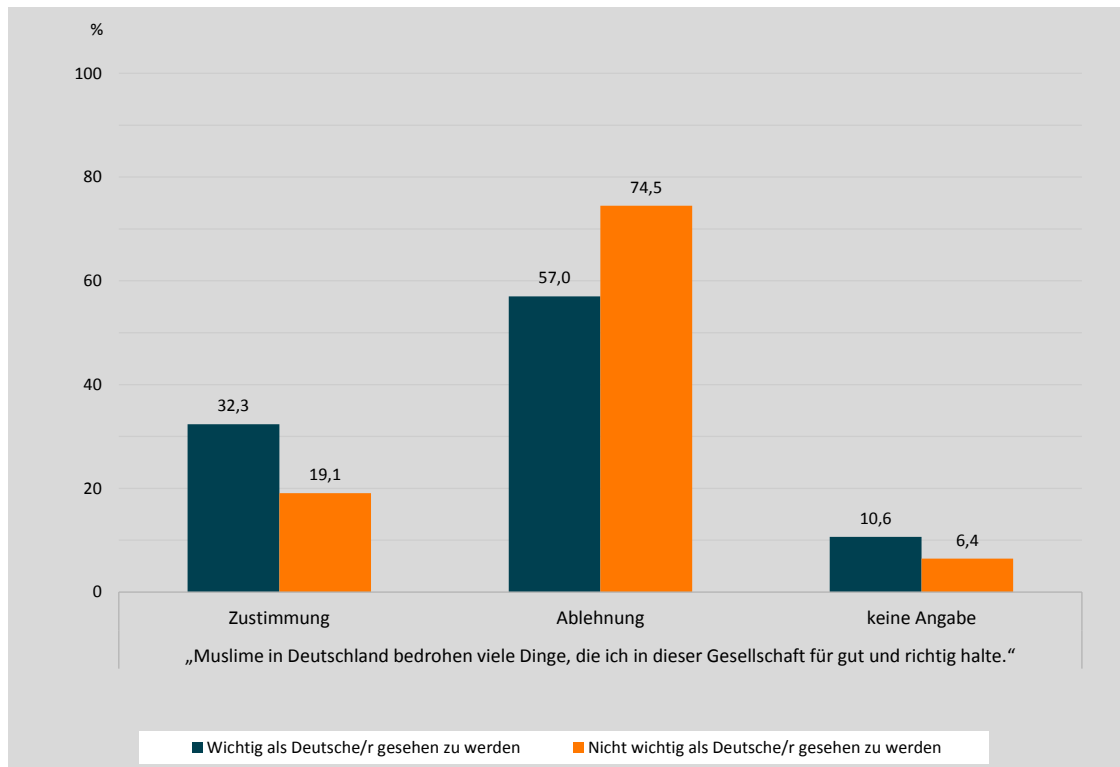
Bei der Schätzung des Anteils der Muslime unterscheiden sich Personen mit einem starken Bezug zur nationalen Identität nicht wesentlich von jenen, die keinen starken Bezug zur nationalen Identität haben. Allerdings zeigt sich ein Zusammenhang zwischen starker nationaler Identifikation und der Wahrnehmung von Muslimen als Bedrohung: So stimmen 32,3 Prozent der Personen, die es wichtig finden, als Deutsche/r gesehen zu werden, der Aussage „Muslime in Deutschland bedrohen viele Dinge, die ich in dieser Gesellschaft für gut und richtig halte“ zu, im Unterschied zu 19,1 Prozent, aus der Gruppe, die es nicht wichtig finden, als Deutsche/r gesehen zu werden (Abbildung 15).

Bedroht sehen die Befragten, und das haben wir mit einer offenen Frage erfasst:

- Geschlechtsbezogene Aspekte, darunter fallen Antworten wie „Unterdrückung der Frau“
- Religionsbezogene Aspekte, etwa Christentum, Glaubensfreiheit oder religiöse Vielfalt
- Gesellschaftsbezogene Aspekte, d.h. Werte wie Freiheit, Sicherheit, Ordnung, soziales Miteinander, Gewaltfreiheit, nationale Identität oder Schule und Bildung
- Und schließlich haben die Befragten Angst vor einer Islamisierung: Sie befürchten einen negativen Einfluss auf Jugendliche, haben Angst vor vielen Moscheen oder vor einer Unterwanderung

Auffällig ist, dass die Angst der Bedrohung von jüdischem Leben oder sexueller Vielfalt kaum genannt werden, obwohl im medialen Diskurs die Zuschreibungen von Musliminnen und Muslimen als antisemitisch oder homophob einen großen Stellenwert einnehmen. Hier liegt die Vermutung nahe, dass die Kritik an Antisemitismus und Homophobie im Öffentlichen also auf die muslimisch „Anderen“ verlagert wird, bei gleichzeitigem Fortbestand dieser Stereotype in der nichtmuslimischen Mehrheitsgesellschaft im Privaten. Muslimfeindlichkeit wird also über vermeintlich liberale Einstellungen begründet.

Abbildung 15: **Zusammenhang zwischen der Wichtigkeit als Deutsche/r wahrgenommen zu werden und der Aussage „Muslime in Deutschland bedrohen viele Dinge, die ich in dieser Gesellschaft für gut und richtig halte.“ (in Prozent, gewichtet)**



Wissensquellen

Wir fragten darüber hinaus nach den Wissensquellen.¹⁸ Das Wissen über Musliminnen und Muslime wird vor allem aus den Medien, insbesondere aus Fernsehen (44 Prozent) und Zeitungen/Zeitschriften (39 Prozent) gezogen, die bei der Möglichkeit der Mehrfachnennung genannt wurden (Tabelle 4). Auch wenn mit der Nennung von Zeitung und Fernsehen als Wissensquellen keine Deutung einhergeht, welcher Art die dort konsumierten Informationen sind und ob diese einen Einfluss auf die eigene Wahrnehmung haben, so lässt sich doch anhand unterschiedlicher Studien der vergangenen Jahre zeigen, dass das medial transportierte Islambild häufig negativ konnotiert ist (bspw. Schiffer 2005, Hafez und Richter 2007, Halm et al. 2007, Karis 2013, Shooman 2014).

Zu einem etwa gleich hohen Anteil, nämlich 42,5 Prozent, beziehen die Befragten ihr Wissen allerdings auch aus Gesprächen mit Muslimen.

Tabelle 4: **Am häufigsten genannte Wissensquellen zu Muslimen (Mehrfachnennung möglich) (in Prozent, gewichtet)**

„Woher beziehen Sie hauptsächlich Ihr Wissen über Muslime in Deutschland?“	
	In Prozent
Fernsehen	44,0
Gespräche mit Muslimen	42,5
Zeitungen/Zeitschriften	39,0
Erfahrung/Beobachtung	26,3
Gespräche über Muslime	14,4

Kontakt

Die demographische Realität Deutschlands und der Wandel in eine postmigrantische Gesellschaft haben notwendigerweise Auswirkungen auf Wissensproduktion und –quellen, aber auch auf den Kontakt zwischen muslimischer und nichtmuslimischer Bevölkerung.

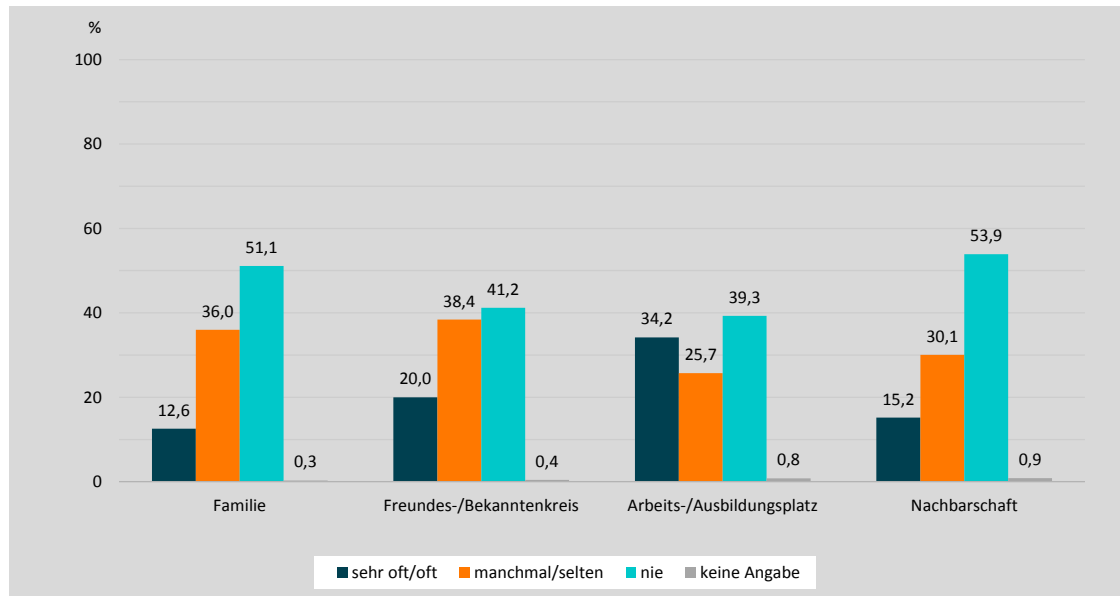
Mehr als ein Drittel der nichtmuslimischen Befragten hat etwa „oft“ oder „sehr oft“ Kontakte zu Muslimen am Arbeitsplatz, und ein Fünftel hat ebenso häufig Kontakte im Freundes- und Bekanntenkreis (Abbildung 16). Personen, die sehr viel Kontakt haben, d.h. in mindestens zwei Bezugsräumen (bspw. Familie und Freundes-/Bekanntenkreis), antworten weniger stereotyp als Personen, die nicht so häufig oder gar keinen Kontakt mit diesen haben.

Migrationsbezüge weiten sich aus

Migrationsnarrative sind über familiäre Bezugspunkte zunehmend in der deutschen Bevölkerung präsent. Erstmals konnten wir herausfinden, dass etwa ein Drittel (35 Prozent) der deutschen Bevölkerung aufgrund von Selbstbezügen oder über die Familie über Migrationsbezüge verfügt. Die Geschichten und Narrative der Migration betreffen also deutlich mehr Menschen in diesem Land als nur jene 20 Prozent mit Migrationshintergrund. Wenn immer

¹⁸ Personen, die angegeben haben, sehr wenig zu wissen, wurden nicht nach ihren Wissensquellen gefragt. Ebenso sind bei dieser Frage muslimische Befragte nicht enthalten.

Abbildung 16: **Kontakt zu Muslimen in unterschiedlichen Bereichen (in Prozent, gewichtet)**



mehr Menschen Partner oder Kinder mit Migrationshintergrund haben, Schwiegereltern, Tanten und Onkel, dann werden deren „Hintergründe“ zum Teil des Familiennarrativs. Das führt zu einer Ausweitung von Migrationsgeschichten in der deutschen Gesellschaft und zu der Frage, ob der ‚Migrationshintergrund‘ als Kategorie noch Aussagekraft besitzt.

Zwischenfazit III

Postmigrantische Gesellschaften sind plural. Diese Vielfalt ist jedoch keine abstrakte Vielfalt, sondern sie findet ihren Niederschlag in der Lebenswelt der Menschen. Damit geht auch ein Verlust von Eindeutigkeiten einher: So verfügt ein Drittel aller Menschen in Deutschland selbst oder in der Familie über Migrationsbezüge. Durch diese familialen Bezugspunkte gewinnen Migrationsnarrative in den Familien an Bedeutung – auch abseits derjenigen, die als Menschen mit Migrationshintergrund bezeichnet werden. Problemlos könnte man auch die Kontakte im Freundes- und Bekanntenkreis noch hinzurechnen. Denn auch hier werden Migrationserfahrungen und Migrationsnarrative weitergetragen. Die Vielzahl der Kontakte mit Vielfalt lassen sich auch an der größten religiösen Minderheit in Deutschland zeigen: So haben mehr als 60 Prozent der Nicht-Muslime Kontakte mit Muslimen am Arbeitsplatz beziehungsweise in der Ausbildungsstätte, aber auch im Freundes- und Bekanntenkreis haben fast 60 Prozent Kontakt zu Muslimen. Wissen über Muslime werden vor allem über Gespräche mit Muslimen und/oder Medien, worunter etwa Fernsehen sowie Zeitungen/Zeitschriften fallen, generiert.

Obwohl Kontakte zu Muslimen an der Tagesordnung sind und Medien immer über wieder über sie berichten, findet sich dieses Wissen nicht in der Bevölkerung wieder: So geben zwei Drittel der Befragten an, dass sie eher wenig oder gar sehr wenig über Muslime wissen. Auch der Anteil der Muslime wird von zwei Dritteln der Bevölkerung zum Teil erheblich überschätzt. Dabei zeigt sich auch, dass diejenigen, die den Anteil der Muslime sehr stark überschätzen, sie auch eher als Bedrohung wahrnehmen.

So begrüßenswert es ist, dass Vielfalt und Begegnung im Alltag der Menschen ihren Platz gefunden haben, so deutlich sehen wir doch, dass auch in einer postmigrantischen Gesellschaft

Wissen über Minderheiten nicht vorausgesetzt werden kann. Besonders problematisch wird dies an den Stellen, wo ein Zusammenhang zwischen fehlendem Wissen bzw. fehlendem Kontakt auf der einen Seite und negativen Stereotypen auf der anderen Seite auftritt. Hier zeigt sich, wie wichtig Begegnungen, Austausch und gemeinsames Miteinander sind.

- Fast jeder Zweite schätzt den Anteil der Musliminnen und Muslime auf doppelt so hoch und mehr ein, als er ist – in Wahrheit liegt er bei 5 Prozent .
- Personen, die den Anteil der Musliminnen und Muslime deutlich höher schätzen (>20 Prozent) fühlen sich von diesen auch eher bedroht.
- Personen, die sehr viel Kontakt zu Musliminnen und Muslimen in mindestens zwei Bezugsräumen haben, antworten weniger stereotyp als Personen, die nicht so häufig oder gar keinen Kontakt mit diesen haben.
- Immer mehr Menschen in Deutschland verfügen über Migrationsnarrative in ihrer Familie.

Fazit

Wir haben in dieser Studie festgestellt, dass die nationalen Bezugspunkte sich deutlich positiver gestalten, als bis dato wahrgenommen. Die Bevölkerung in Deutschland hat ein positives Gefühl zu ihrem Land. Die Wiedervereinigung stellt für jede Zweite bzw. jeden Zweiten das zentrale historische Ereignis dar, welches Deutschland heute am besten beschreibt. Ereignisse im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg sind hingegen kaum mehr prägend für das Selbstbild (16 Prozent), und der Holocaust wird nur von 0,5 Prozent der Befragten genannt. Das widerspricht der jahrelang zementierten Wahrnehmung, Deutschland würde sich nur in einer negativen Identität wahrnehmen und könne dadurch nicht positiv mit seiner nationalen Identität umgehen.

Die emotionale Verbundenheit ist über alle politischen Lager hinweg und auch über die Herkunftsgrenzen hinaus stark. Menschen mit Migrationshintergrund lieben Deutschland genauso sehr, wie jene ohne Migrationshintergrund, und sie fühlen sich auch zu einem ähnlich hohen Maß deutsch. Das zeigt, dass sich die identitären Bezugspunkte im Hinblick auf das Deutschsein ausweiten und immer mehr Menschen für sich in Anspruch nehmen Deutsche zu sein, auch wenn ihre Vorfahren eingewandert sind.

Zwar findet sich Offenheit und Akzeptanz gegenüber einer vielfältig gewordenen Gesellschaft und wenige Personen stimmen allen muslimfeindlichen Aussagen zu, aber einzelne stereotype Vorstellungen sind bei einem Großteil der Gesellschaft vorhanden. Diese Abwehrtendenzen weiten sich deutlich aus, je stärker der Bezug zur nationalen Identität zunimmt – und zwar über alle Parteien, Altersgrenzen und Schichten hinweg, bis in die Mitte der Gesellschaft hinein.

Das Deutschsein wird offener, die Zugehörigkeitskriterien durchlässiger: Heute kann auch dazugehören, wer nicht „deutsch“ aussieht und nicht seit Generationen deutsch war, aber die Sprache spricht und die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen hat – das finden über 80 Prozent der Gesellschaft. Aber gleichzeitig finden noch immer ca. 40 Prozent, dass man deutsche Vorfahren haben muss, akzentfrei sprechen soll und kein Kopftuch tragen darf. Exklusive Vorstellungen des Deutschseins bleiben also weiterhin stark und präsent.

Wir konnten auch feststellen, dass ein Erstarren nationaler Bezugspunkte zu stärkeren Exklusionen führen kann. Dies zeigt sich besonders am Beispiel der Musliminnen und Muslime als der größten religiösen Minderheit in Deutschland. Die Tatsache, dass unsere Studie vor dem Erstarren des Islamischen Staates (IS) erhoben wurde, macht deutlich, dass diese Stereotype unabhängig von der aktuellen Konfliktlage existieren. Es gibt in Deutschland vielmehr eine lang anhaltende stabile Muslimfeindlichkeit, die sich durch Studien vielfach belegen lässt (Pollack et al. 2013, Decker et al. 2014, Heitmeyer 2012, Zick et al. 2011).

Wir konnten nachweisen, dass Menschen, die eine deutsche Identität stark in den Vordergrund stellen („Es ist für mich wichtig, als Deutsche/r gesehen zu werden“ – eine Aussage, der immerhin fast jede/r Zweite zustimmt), deutlich stärker stereotyp und abwertend antworten und bereit sind, Minderheiten Rechte abzuerkennen.

In einzelnen Bundesländern – wie in Hamburg – konnten wir nachweisen, dass stets ungefähr ein Drittel der Bevölkerung exkludierende Antworten gegeben hat. Insbesondere da es sich bei den verschiedenen Aussagen nicht immer um dasselbe Drittel handelt, ist dies trotz der vielfach positiven Ergebnisse, die wir vorgestellt haben, ein deutliches Alarmsignal.

Schlussfolgerungen

Deutschland als Einwanderungsland – Leitbilddiskussion über Vielfalt und gesellschaftliche Teilhabe gesamtgesellschaftlich führen: Seit einiger Zeit hat sich in Deutschland die Erkenntnis durchgesetzt, dass dieses Land ein Einwanderungsland ist. Unsere Studie zeigt, dass es neben weiterhin verbreiteter Ablehnung auch ein solides Fundament an Offenheit und Akzeptanz von Minderheitenrechten gibt, sowie eine breite Alltagserfahrung im Umgang mit Vielfalt. Nun gilt es jedoch von Seiten der Politik, Leitbilder für diese vielfältige Einwanderungsgesellschaft zu entwickeln. Wir plädieren daher dafür, die Debatte um eine neue gesellschaftliche Selbstwahrnehmung politisch aufzunehmen und sie in einer breiten Leitbilddiskussion überparteilich und gesamtgesellschaftlich zu führen, bevor sie von rechtspopulistischen Parteien besetzt wird, die Minderheiten aus ihr ausschließen werden.

Die Debatte muss – unter Einbeziehung von ExpertInnen, MinderheitenvertreterInnen, Medien, Wissenschaft und Zivilgesellschaft – in einen gesetzlichen Rahmen überführt werden. Das ist zentral, denn bereits jetzt ist ein Erstarren nationaler und exklusivistischer Dimensionen spürbar. Wir brauchen eine Debatte, wie sie in Kanada und den USA in den 1970er Jahren geführt wurde, um ein neues politisches Narrativ (Leitbild/Leitmotiv) zu entwickeln. Dieses sollte demokratisch, heterogen und tragfähig sein und gesellschafts-, handlungs- und politikleitend nutzbar gemacht werden, weil sonst andere gesellschaftliche Kräfte diese Themen besetzen werden und an dem ausgrenzenden Potential, auf welches unsere Studie verweist, andocken können. Hier schließen wir uns dem Aufruf der Jungen Islam Konferenz an <http://www.junge-islamkonferenz.de/enquete-kommission.html>.¹⁹

Medien sensibilisieren: Bisherige Studien haben diskursanalytisch zeigen können, dass mediale Bilder von Musliminnen und Muslimen auch in deutschen Qualitätsmedien von Stereotypen und konfliktorientierter Darstellung geprägt sind. Wir können an unseren Ergebnissen sehen, dass Medien wie Zeitungen, Zeitschriften und Fernsehen wesentliche Wissensquellen zum Thema Islam sind. Vor diesem Hintergrund erscheinen oftmals gestellte Forderungen von Einrichtungen wie dem ‚Mediendienst Integration‘ umso dringlicher: MedienvertreterInnen in Deutschland brauchen eine stärkere Sensibilisierung für die Wirkungsweise antimuslimischer Bilder, eine stereotype Darstellung muss abgelöst werden durch Berichterstattung, die die Vielfalt muslimischen Lebens und muslimischer Identitäten in Deutschland wie weltweit zeigt. Gerade seit dem Auftreten der Terrororganisation IS im internationalen Konfliktraum ist eine stark stereotype Berichterstattung über den Islam und Muslime spürbar. Diese überschreitet teilweise mühsam etablierte Konsensstrukturen, die in den letzten Jahren erarbeitet wurden – wie zum Beispiel die Erkenntnis, dass es einen Unterschied zwischen Islam und Islamismus gibt. In den letzten Monaten wurde dies von Zeitungen wie Cicero, Focus und Welt immer wieder in Frage gestellt. Die Ausweitung der Sagbarkeitsgrenzen trägt zu Schwierigkeiten der Unterscheidung zwischen legitimer Religionskritik und Ressentiment bei. Dadurch kann die Hemmschwelle zu islamfeindlichen Äußerungen und muslimfeindlichen Handlungen sinken, was die Angriffe auf Moscheen oder die Qualität der Hassattacken im Internet und im öffentlichen Raum gegenüber muslimischen Einzelpersonen, EntscheidungsträgerInnen und AllianzpartnerInnen deutlich macht.

¹⁹ Die Junge Islam Konferenz (JIK) ist ein Dialogforum und Multiplikatorennetzwerk junger Muslime und Nicht-Muslime, welches seit mehreren Jahren von der Forschungsgruppe JUNITED wissenschaftlich begleitet wird.

Den Begriff „Migrationshintergrund“ ausweiten – „Migrationsgeschichten“ breiter fassen: Wie wir gesehen haben wirken sich die umfassenden Kontakte zwischen – in unserem Beispiel – muslimischer und nichtmuslimischer Bevölkerung auf die Lebensrealität, die Selbst- und die Fremdwahrnehmungen aller Beteiligten aus. Die deutsche Gesellschaft wird auch in ihren familiären Bezugspunkten pluraler und wir konnten in unserer Studie sehen, dass über ein Drittel (35 Prozent) der deutschen Bevölkerung über eigene Erfahrung oder über Familienbezüge an Migrationsgeschichten angebunden ist. Der Begriff „Migrationshintergrund“ wurde im Jahr 2005 eingeführt und verhindert die Wahrnehmung des Deutscheins als vielfältiger Identitätsform, weil er eine künstliche Trennung zwischen Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund schafft, die jedoch aufgrund vielfacher Familienrealitäten nicht mehr trägt. Der Begriff „Migrationshintergrund“ kann also nicht mehr nur für Personen gelten, die selber bzw. deren Eltern oder Großeltern migriert sind. Dieser Begriff wird 2015 zehn Jahre alt, und wir möchten für seine Ausweitung plädieren, um den Veränderungen der deutschen Gesellschaft gerecht zu werden. Personen mit „Migrationsgeschichten“ – so unser Vorschlag – können also auch Menschen sein, die eine Frau, Mann, Partnerin, Kinder, Cousins, Onkel, Schwägerinnen oder auch enge Freunde etc. mit Migrationshintergrund haben und die sich mit deren Geschichten notwendigerweise auseinandersetzen und identifizieren. Dies macht deutlich, wie weit die Gesellschaft schon von Migration durchdrungen ist und wie normal und selbstverständlich dies für einen großen Teil der Bevölkerung ist. Weiterhin eine pauschale Trennlinie in die Gesellschaft zu ziehen, indem der Migrationshintergrund als Definitions- und Klassifikationspraxis eine Zweiteilung der Gesellschaft zementiert, wird der postmigrantischen Realität des Landes nicht gerecht. Der Begriff schafft nur Deutsche erster und zweiter Klasse und wird außerdem verschleiern genutzt. Denn de facto werden unter Personen mit Migrationshintergrund vor allem bestimmte kulturelle, ethnische, religiöse und nationale Minderheiten imaginiert. Der Migrationsforscher Klaus Bade hat pointiert formuliert, dass der Migrationshintergrund mittlerweile „(...) Einwanderern in diesem Land anhaftet wie ein erbliches Vorstrafenregister“.²⁰ Da eine Kategorie für soziale Untersuchungen über Exklusionspraxen und Diskriminierung notwendig bleibt, plädieren wir für konkretere Bezeichnungen, die sich an sozialer Schicht, Klasse, oder aber konkreten Herkunftsbezügen festmachen.

20 Bade, Klaus: Kein Land der Teilhabe, Frankfurter Rundschau Online 11.09.2014, Online verfügbar unter: <http://www.fr-online.de/gerechtigkeit/migrationsforscher-klaus-j--bade-kein-land-der-teilhabe,28235374,28379472.html>, zuletzt geprüft am 26.11.2014.

Abbildungsverzeichnis

Abbildungen

Abbildung 1: Patriotismus und emotionale Verbundenheit.....	23
Abbildung 2: „Ich liebe Deutschland.“ nach WählerInnen der Parteien	23
Abbildung 3: „Ich fühle mich deutsch“ nach WählerInnen der Parteien	24
Abbildung 4: Zustimmung zu Aussagen mit Deutschlandbezug nach Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund.....	25
Abbildung 5: Welche Kriterien sind für Bevölkerung wichtig oder unwichtig um deutsch zu sein?	26
Abbildung 6: Wahrnehmung von Muslimen in Abgrenzung zu einer Wir-Gruppe...	30
Abbildung 7: Zusammenhang zwischen der Wichtigkeit als Deutsche/r wahrgenommen zu werden und der Aussage „Muslime sind aggressiver als wir“.....	33
Abbildung 8: Zustimmung zu der Aussage „Wenn Muslime zu viele Forderungen stellen, dann ist das.....“	34
Abbildung 9: Einstellungen zur religiösen Beschneidung, zum Kopftuch bei Lehrerinnen, zum Moscheebau und zu Islamischem Religionsunterricht.....	35
Abbildung 10: Zusammenhang zwischen der Wichtigkeit als Deutsche/r wahrgenommen zu werden und der Aussage „Die Beschneidung von Jungen aus religiösen Gründen sollte verboten werden.“	37
Abbildung 11: Zusammenhang zwischen der Wichtigkeit als Deutsche/r wahrgenommen zu werden und der Aussage „Der Bau von öffentlich sichtbaren Moscheen sollte in Deutschland eingeschränkt werden.“.....	38
Abbildung 12: Zusammenhang zwischen der Wichtigkeit als Deutsche/r wahrgenommen zu werden und der Aussage „Eine muslimische Lehrerin sollte das Recht haben, im Schulunterricht ein Kopftuch zu tragen.“	40

Abbildung 13: Einschätzung des eigenen Wissens über Muslime	45
Abbildung 14: Schätzung des Anteils der Muslime an der Bevölkerung in Deutschland	45
Abbildung 15: Zusammenhang zwischen der Wichtigkeit als Deutsche/r wahrgenommen zu werden und der Aussage „Muslime in Deutschland bedrohen viele Dinge, die ich in dieser Gesellschaft für gut und richtig halte.“	47
Abbildung 16: Kontakt zu Muslimen in unterschiedlichen Bereichen	49

Tabellen

Tabelle 1: „Wenn Sie an Deutschland denken: Welches historische Ereignis beschreibt für Sie am besten dieses Land?“	20
Tabelle 2: Stereotypes Antwortverhalten.....	31
Tabelle 3: Zusammenhang zwischen dem geschätzten Anteil der Muslime in Deutschland und der Zustimmung zu der Aussage „Muslime in Deutschland bedrohen viele Dinge, die ich in dieser Gesellschaft für gut und richtig halte.“.....	46
Tabelle 4: Am häufigsten genannte Wissensquellen zu Muslimen (Mehrfachnennung möglich).....	48

Literaturverzeichnis

- Behloul, Samuel M. (2010): Vom öffentlichen Thema zur öffentlichen Religion? Probleme und Perspektiven des Islam im Westen am Beispiel der Schweiz. In: Baumann, Martin; Neubert, Frank (Hg.): Religionspolitik – Öffentlichkeit – Wissenschaft. Studien zur Neuformierung von Religion in der Gegenwart. Zürich: Pano, S. 127–150.
- Beigang, Steffen; Kalkum, Dorina; Schrenker, Markus (2014): Methodenbericht zur Studie „Deutschland postmigrantisch“. ZeS Berlin. Online verfügbar unter <http://juned.hu-berlin.de/Forschung/repraesentativbefragung>, zuletzt geprüft am 28.11.2014.
- Broden, Anne; Mecheril, Paul (2007): Migrationsgeschichtliche Re-Präsentationen. Eine Einführung. In: Broden, Anne; Mecheril, Paul (Hg.): Re-Präsentationen. Dynamiken der Migrationsgesellschaft. Düsseldorf, S. 7–28.
- von Campenhausen, Axel; de Wall, Heinrich (2006): Staatskirchenrecht. Eine systematische Darstellung des Religionsverfassungsrechts in Deutschland und Europa. Ein Studienbuch. 4. Aufl. München: C.H. Beck.
- Corlazzoli, Claudia Maria (2009): Religionsunterricht von kleineren Religionsgemeinschaften an öffentlichen Schulen in Deutschland. Frankfurt/Main: Peter Lang.
- Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Brähler, Elmar (2014): Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014. Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung der Universität Leipzig. Leipzig. Online verfügbar unter http://www.uni-leipzig.de/~kredo/Mitte_Leipzig_Internet.pdf, zuletzt geprüft am 26.11.2014.
- Färber, Alexa / Spielhaus, Riem (Hrsg.) (2006): Islamisches Gemeindeleben in Berlin. Beauftragter des Senats von Berlin für Integration und Migration, Berlin.
- Foroutan, Naika/Canan, Coskun/Schwarze, Benjamin/Beigang, Steffen/Arnold, Sina/Kalkum, Dorina (2014): Hamburg postmigrantisch. Einstellungen der Hamburger Bevölkerung zu Musliminnen und Muslimen und Muslimen in Deutschland, Berlin. Online abrufbar unter <http://juned.hu-berlin.de/hamburg-postmigrantisch-2014>
- Foroutan, Naika (2014): Narrationen von Nationen Oder: Wie erzählt man nationale Identität in Deutschland neu?. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Vielfältiges Deutschland. Bausteine für eine zukunftsfähige Gesellschaft, Gütersloh: Bertelsmann, S. 176–199.
- Hafez, Kai; Richter, Carola (2007): Das Islambild von ARD und ZDF. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (26–27), S. 40–46.
- Haug, Sonja; Müssig, Stephanie; Stichs, Anja (2009): Muslimisches Leben in Deutschland im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg. Online verfügbar unter http://www.bmi.bund.de/cae/servlet/contentblob/566008/publicationFile/31710/vollversion_studie_muslim_leben_deutschland_.pdf, zuletzt geprüft am 26.11.2014.

- Halm, Dirk; Liakova, Marina; Yetik, Zeliha (2007): Pauschale Islamfeindlichkeit? Zur Wahrnehmung des Islams und zur soziologischen Teilhabe der Muslime in Deutschland. In: Jäger, Siegfried; Halm, Dirk (Hg.): *Mediale Barrieren. Rassismus als Integrationshindernis*. Münster: Unrast, S. 11–49.
- Häusler, Alexander (2011): *Die „PRO-Bewegung“ und der antimuslimische Kulturrassismus von Rechtsaußen*. Friedrich Ebert Stiftung. Berlin. Online verfügbar unter <http://library.fes.de/pdf-files/do/08253.pdf>, zuletzt geprüft am 26.11.2014.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2012): *Deutsche Zustände*. Folge 10. Berlin: Suhrkamp.
- Karis, Tim (2013): *Mediendiskurs Islam. Narrative in der Berichterstattung der Tagesthemen 1979–2010*. Wiesbaden: Springer VS.
- Kraft, Sabine (2002): *Islamische Sakralarchitektur in Deutschland. Eine Untersuchung ausgewählter Moschee-Neubauten*. Münster, Hamburg, London: Lit.
- Leggewie, Claus; Joost, Angela; Rech, Stefan (2002): *Der Weg zur Moschee – Eine Handreichung für die Praxis*. Herbert-Quandt-Stiftung. Bad Homburg v. d. Höhe. Online verfügbar unter http://www.herbert-quandt-stiftung.de/files/publications/der_weg_zur_moschee_leggewie_joost_rech_6_19cb84.pdf, zuletzt geprüft am 26.11.2014.
- Oebbecke, Janbernd (2008): Der Islam und die Reform des Religionsverfassungsrechts. In: *Zeitschrift für Politik* 55 (1), S. 49–63.
- Pollack, Detlef; Müller, Olaf (2013): *Religionsmonitor. Verstehen was verbindet. Religiosität und Zusammenhalt in Deutschland*. Bertelsmann-Stiftung. Gütersloh. Online verfügbar unter http://www.religionsmonitor.de/pdf/Religionsmonitor_Deutschland.pdf, zuletzt geprüft am 26.11.2014.
- Rohe, Mathias: Zur religiös motivierten Beschneidung von Jungen und Männern im Islam, Website der Deutschen Islam Konferenz 29.10.2012, Online verfügbar unter: <http://www.deutsche-islam-konferenz.de/DIK/DE/Magazin/Recht/Beschneidung-Grundlagen/beschneidung-grundlagen-node.html>, zuletzt geprüft am 28.11.2014.
- Rommelspacher, Birgit (2009): *Konflikt als Chance. Der Moscheebau als Medium der Integration*. In: Micksch, Jürgen (Hg.): *Antimuslimischer Rassismus. Konflikte als Chance*. Frankfurt am Main: Lembeck, S. 57–67.
- Schiffer, Sabine (2005): *Die Darstellung des Islams in der Presse. Sprache, Bilder, Suggestionen. Eine Auswahl von Techniken und Beispielen*. Würzburg: Ergon.
- Shooman, Yasemin (2014): *„...weil ihre Kultur so ist“ Narrative des antimuslimischen Rassismus*, Bielefeld: transcript.
- Spielhaus, Riem (2011): *Wer ist hier Muslim? Die Entwicklung eines islamischen Bewusstseins in Deutschland zwischen Selbstidentifikation und Fremdzuschreibung*. Würzburg.

- Statistisches Bundesamt (2014a) - Destatis: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Vorläufige Wanderungsergebnisse 2013, Wiesbaden. Online verfügbar unter: <https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/Wanderungen/vorlaeufigeWanderungen5127101137004.pdf>, zuletzt geprüft am 26.11.2014.
- Statistisches Bundesamt (2014b) - Destatis: Pressemitteilung Nr. 402 vom 14.11.2014 - Mikrozensus 2013: 16,5 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Online verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2014/11/PD14_402_122.html, zuletzt geprüft am 26.11.2014.
- Stutz, Ulrich (1924): Das Studium des Kirchenrechts an den deutschen Universitäten. In: *Deutsche Akademische Rundschau* 6 (12. Semesterfolge Nr. 5), S. 1–4.
- Zick, Andreas; Küpper, Beate; Hövermann, Andreas (2011): Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung. Friedrich Ebert Stiftung. Berlin. Online verfügbar unter <http://library.fes.de/pdf-files/do/07905-20110311.pdf>, zuletzt geprüft am 26.11.2014.

ISBN: 978-3-945654-02-6

Die Forschungsgruppe JUNITED – Junge Islambezogene Themen in Deutschland untersucht das Reaktionsspektrum auf das sich wandelnde Einwanderungsland Deutschland in Bezug auf die Themen Islam und Muslime aus transdisziplinärer Perspektive. Die Forschungsgruppe ist unter der Leitung von Dr. Naika Foroutan am Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) an der Humboldt-Universität zu Berlin angesiedelt. JUNITED ist ein Förderprojekt der Stiftung Mercator.

Das Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) wird durch die Gemeinnützige Hertie-Stiftung (Förderpartner), den Deutschen Fußball-Bund (DFB / Förderpartner), die Bundesagentur für Arbeit (BA / Unterstützungspartner) und die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Unterstützungspartnerin) gefördert und unterstützt.

STIFTUNG
MERCATOR